

die Männer des Kapitals festliche Gelage und ließen bei Zweckseien die Champagnerpfropfen knallen. (!!!) Die Arbeiter nahmen den Schutz der Gesetze für sich in Anspruch, das Kapital drohte mit der Abschaffung dieser Gesetze. Entbehrung, Not trieb viele Arbeiter zu verzweiflungsvollen Taten — da erhoben sich zum Schutze des Kapitals die Bajonette!“

Ist es nicht wunderbar, wie scharf das Zentrumblatt die Klassenbildung und ihre wahre Ursache erkannte, als sich die Zentrumspartei in der Opposition gegen die Regierung befand!? Die „Schlesische Volkszeitung“ machte für das von ihr Gefennzeichnete den „Liberalismus“ verantwortlich, aber die maßgebenden schlesischen Bergwerksbesitzer standen (und stehen) den Konservativen und dem Zentrum immer viel näher, als dem Liberalismus, und doch ist in ihren Domänen die Proletarisierung der Arbeiter am ärgsten geworden.

Diese rückschauende Betrachtung ist geboten, um handgreiflich darzutun, daß die Bewegung von 1869 bis 1871 nicht „von außen her“ in die Bergreviere getragen wurde, auch den Unternehmern nicht „überraschend“ gekommen sein kann.

Beginn innerer Differenzen.

Die politische Seite der Bewegung war während dieser Zeit selbstverständlich nicht völlig zur Ruhe gekommen; es bereiteten sich, wie schon angedeutet, Auseinandersetzungen vor, die in der zweiten Hälfte des Jahres zum Austrag kamen. Die Reibereien zwischen den Schweizerschen und den Mendeschens Lassalleanern wurden zwar dadurch beendet, daß sich am 18. Juni 1869 die beiden Führer einigten und am 24. jenes Monats der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein dann eine neue Verfassung erhielt. Einige Wochen vorher hatte auch das Breslauer Appellationsgericht das freisprechende Urteil des Stadtgerichts gegen 18 Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wegen Vergehens gegen § 8 des Vereinsgesetzes und die Aufhebung der Vereinsauflösung bestätigt. Der Verein entfaltete wieder ein regeres Leben und veranstaltete fast allwöchentlich Versammlungen in dem Lokale von Kahle auf der Großen Scheitnigerstraße Nr. 7.

Die in Breslau an Zahl ständig wachsende Gegnerschaft Schweizers wurde dadurch keineswegs zum Schweigen gebracht, sie wendete sich mit immer größerer Entschiedenheit der Liebknechtschen Richtung zu. Diese hatte für den 7. August einen Kongreß nach Eisenach berufen. Um zur Tagesordnung und Beschickung dieses Kongresses Stellung zu nehmen, fand am 1. August ein von den Anhängern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins einberufener Schlesischer Arbeitertag statt, zu dem aus den verschiedenen schlesischen Orten die Mitglieder erschienen waren. Als Hauptredner im Sinne Schweizers trat hier der Breslauer Bevollmächtigte des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Scheil,

auf. Unter allgemeiner Erregung der Anwesenden trat ihm Gutschmann-Breslau entgegen. Eine von diesem eingebrachte Resolution, die den bevorstehenden Eisenacher Kongreß als Mittel zur Einigung begrüßte, kam nicht zur Abstimmung, dagegen wurde die folgende, von Scheil vorgeschlagene Erklärung angenommen:

„Der Schlesiße Arbeitertag hält fest an der Organisation Lassalles und wird auch nur einen Kompromiß mit solchen Sozialdemokraten eingehen, welche auf dieser Grundlage eine Einigung der Arbeiter Deutschlands erstreben.“

Schließlich erhielt Scheil den Auftrag, die hier jutage getretene Ansicht der schlesißen Lassalleaner als Delegierter in Eisenach zu vertreten. Diese Wahl wurde in einer Breslauer Versammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die sich ebenfalls mit dem Eisenacher Kongreß beschäftigte, bestätigt. Scheil scheint aber nicht dort gewesen zu sein; dafür spielte sich als Vertreter der Breslauer auf dem Kongresse der Schriftsteller Nathan Schlesinger auf. Der Mann war ein wunderbarer Heiliger. In einer im Juni desselben Jahres bei Springer vom Fortschrittsverein abgehaltenen großen Versammlung, in welcher der liberale Agitator und Abgeordnete Classen-Kappellmann aus Köln sprach, hatte sich dieser Schlesinger zur Einleitung seiner anscheinend außerordentlich konfusen Ausführungen über die soziale Frage als Vertreter der sozialdemokratischen Partei in Breslau vorgestellt, mußte es sich aber gefallen lassen, daß er sofort von Bräuer desavouiert wurde, da er sich gräßliche Unwahrheiten habe zuschulden kommen lassen und die Partei, die ihm keinen Auftrag erteilt habe, nichts angehe. Ob etwa Scheil, wie die „Breslauer Zeitung“ andeutet, sein Mandat diesem Schlesinger übertragen hat, ist nicht festzustellen. Jedenfalls tauchte er in Eisenach zunächst in der Sonderversammlung der Anhänger Schweizers auf; erst als man ihn dort an die frische Luft setzte, ging er protestierend zu Liebknecht und seinen Freunden, hatte aber auch dort kein Glück. Im November trat dieser Mann, den die „Breslauer Morgenzeitung“ als verrückt bezeichnete, mit einer öffentlichen Erklärung aus der Sozialdemokratie aus, indem er versicherte, daß er fürderhin nicht mehr für die religiöse, politische und soziale Befreiung des Volkes kämpfen wolle.

Dagegen waren die Breslauer Gegner Schweizers auf dem Kongresse vertreten, zu dem sie in einer von Bräuer einberufenen Versammlung Stellung genommen hatten; zu dieser Versammlung hatte Bräuer alle diejenigen geladen, die sich in Eisenach vertreten lassen wollten, „aber nicht im Sinne Schweizers“.

Ueberhaupt war Bräuer, der noch im März die Breslauer Lassalleaner auf der Generalversammlung in Barmen vertreten hatte, die Seele der Agitation gegen Schweizer. In Verbindung mit Michler hatte er schon den vorhin erwähnten schlesißen

Arbeitertag durch ein Telegramm vor dem mit Schweizer getriebenen Personenkultus gewarnt und zu einer neutralen Haltung dem Eisenacher Kongreß gegenüber geraten. Als dieser Kongreß den Anhängern der internationalen Richtung der Sozialdemokratie die Gründung lokaler sozialdemokratischer Arbeitervereine mit einem Mitgliedsbeitrag von einem Groschen monatlich zur Pflicht machte, berief er zusammen mit Uhr, Gutschmann, Zapfe u. a. m. schon für den 14. August nach dem „Trebnißer Hause“ eine Versammlung der Sozialdemokratischen Partei für alle die ein, die „gegen persönliche Führerschaft, namentlich gegen Herrn von Schweizer“, seien, und gründete dort einen solchen sozialdemokratischen Arbeiterverein für Breslau.

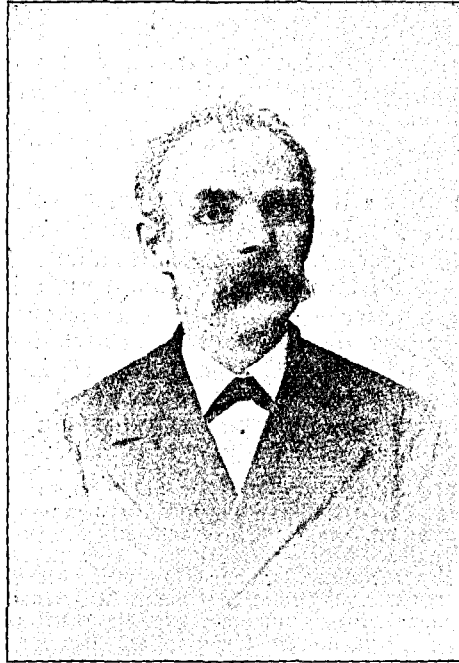
Beide politischen Vereine entfalteten von nun an ein selbständiges Leben und behielten sich gegenseitig auf das heftigste. Als die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins am 4. September bei Casperke eine Lassalle-Gedächtnisfeier veranstalteten, luden sie dazu ausdrücklich „alle Sozialdemokraten, mit Ausnahme der Ehrlichen“, d. h. der Eisenacher, ein.

Beide Vereine veranstalteten fast allwöchentlich Versammlungen mit Vorträgen, die „Internationalen“ im „Trebnißer Hause“ auf dem Ritterplatze, die Lassalleaner im „Schwarzen Adler“ auf der Schmiedebrücke. Bald siedelte aber auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in das „Trebnißer Haus“ über, und nun tagten dort die feindlichen Brüder oft an dem nämlichen Abend Wand an Wand. Es wird interessantesten, wie sich in jenen Tagen die bürgerliche Meinung von Breslau zu den beiden sozialistischen Richtungen stellte. Die „Breslauer Zeitung“ schrieb damals:

„Aus dem Leben der Arbeiter möchten wir vor allen Dingen die Lüge entfernt wissen, und die Diktatorenwirtschaft (nur gemeint ist der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein) war eine verlogene. Das Programm der Sozialistischen Volkspartei (nämlich der Liebknechtischen) ist in politischer und wirtschaftlicher Beziehung ein Irrtum, aber es erscheint als ein ehrlich gemeintes, und sofern es die Aufklärung der Arbeiter zum nächsten Ziel setzt, als ein konsequentes. Das Komödiantentum der Lassalleschen Richtung führt zur Lüge; die aufrichtige Diskussion scheuen wir nicht, weil wir wissen, daß sie früher oder später zur Wahrheit führen muß.“

Man mag über die Richtigkeit dieser Ansicht denken wie man will, jedenfalls ist sie von dem ehrlichen Bemühen getragen, dem Gegner gerecht zu werden. Anders die „Breslauer Morgenzeitung“. So sehr ihr politischer Teil unter der Leitung des alten Dr. Elsner bemüht war, die alte demokratische Ueberlieferung aufrecht zu erhalten, ebenso sehr machte sich in dem von Semrau — ebenfalls einem Achtundvierziger! — redigierten lokalen Teile eine in ihrer Selbstgefälligkeit geradezu abstoßende Spießbürgerei und Rückständigkeit breit, die sich den sozialistischen Bestrebungen gegenüber in kleinlichstem Hass und hämischer Verkleinerungssucht

äußerte. Und dabei wurde dieses Blatt besonders in Arbeiterkreisen gelesen und in ihm mußten die Arbeiterorganisationen ihre Bekanntmachungen veröffentlichen. Dosters schon hatten Versammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Veranlassung gehabt, gegen die niederträchtige Kampfweise der „Breslauer Morgenzeitung“ Protest zu erheben, und das gleiche mußte der neue sozialdemokratische Arbeiterverein in einer seiner ersten Sitzungen tun, um die wegen des sogenannten Revolutions-



Wilhelm Zapfe.

fonds gegen die „Internationalen“ von jenem Blatte erhobenen Verdächtigungen zurückzuweisen.

Während die Internationalen in ihren Versammlungen sich eingehend mit der Diskussion ihres Programms befaßten, hatten sich die Lassalleaner zur Belebung ihrer Agitation den Herrn von Schweitzer verschrieben, der in einer am 3. November im „Russischen Kaiser“ abgehaltenen Versammlung sein Programm entwickelte und die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen, vor allem, daß er im Dienst der preussischen Regierung stehe, zurück-

wies. Zu einer Auseinandersetzung mit seinen Breslauer Gegnern aber kam es nicht, da zu dieser Versammlung außer den Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nur die Angehörigen der Allgemeinen Deutschen Gewerkschaften geladen und die Anhänger der Richtung Bebel-Liebknicht fern geblieben waren. Dafür bildete sich aber ein aus den Bebelianern Zapfe, Dehne und Kluge bestehendes Komitee, um die Ideen der internationalen Richtung auch in die Gewerkschaftsbewegung zu tragen, und zwar zunächst unter die Metallarbeiterschaft. Diese wurden für den 14. November zu einer Versammlung im „Kasino“ einberufen; hier nahmen sie zu dem für den 28. November einberufenen allgemeinen deutschen Arbeiterkongress in einem dem Dr. von Schweizer feindlichen Sinne Stellung und trafen Vorbereitungen zur Gründung einer Krankenkasse.

Da trat aber ein Ereignis ein, das die beiden Richtungen für einige Zeit einander wieder näher brachte: im Waldenburger Bergrevier war, wie bereits geschildert, ein allgemeiner Streik der Bergarbeiter ausgebrochen. Interessiert waren an diesem in ganz Deutschland Aufsehen und heftige Meinungsfehden erweckenden Ausstände in erster Linie allerdings die Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine. Ganz abgesehen aber von der Befundung ihrer Solidarität, welche die Breslauer Sozialdemokraten beider Richtungen als ihre Pflicht erkannten, waren auch sie sich der großen Bedeutung bewußt, den der Verlauf dieses sozialen Kampfes für die gesamte Arbeiterschaft haben mußte. Es bildete sich in Breslau ein Komitee, in das der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein seine Mitglieder Scheil und Kräcker, der Sozialdemokratische Arbeiterverein Uhr und Gutschmann und der Ortsverband der Hirsch-Dunderschen Heidrich und Thomas delegierten. Nachdem bereits am 11. Dezember eine gemeinsame Versammlung in „Pietzchs Lokal“ sich über den Stand des Streiks hatte Bericht erstatten lassen, berief das eben genannte Komitee für den 13. Dezember nach dem „Birnbäum“ auf der Kohlenstraße eine außerordentlich stark besuchte Volksversammlung ein. Hier sprachen die Vertreter aller Richtungen. Dann erklärte sich die Versammlung mit den vorbereitenden Schritten des Komitees einverstanden und bildete aus den Vertretern der drei Richtungen Scheil, Uhr und Thomas eine Streikkommission mit dem Auftrage, Geld, Lebensmittel und Kleidungsstücke für die Ausständigen zu sammeln und nach Waldenburg abzuführen. Die Kommission trat bald in Tätigkeit und tagte während der Dauer des Streiks jeden Abend im „Bergel“ auf der Junkernstraße.

So ging das Jahr 1869 zu Ende, das den Breslauer Sozialdemokraten auch die erste Verurteilung eines der Ihren wegen „Aufreizung zum Ungehorsam und Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen“ gebracht hatte. Das Opfer war der junge Handlungsgeselle Hugo Friedländer. In einer Versammlung des All-

gemeinen Deutschen Arbeitervereins hatte er als Leiter derselben einen Artikel aus dem „Sozialdemokrat“ über die Arbeiterunruhen in Essen und die von der Polizei getroffenen Maßnahmen sowie eine im Abgeordnetenhaus zu dieser Sache abgegebene Erklärung des Ministers zur Verlesung gebracht. Nach der Anzeige des überwachenden und die Versammlung auflösenden Beamten soll er dazu geäußert haben: „Hiernach scheint es, als ob die Regierung die Revolution provozieren will.“ Obgleich die Entlastungszeugen erklärten, die Aeußerung habe gelautet: „Wenn hiernach die Regierung die Revolution zu provozieren scheint . . .“ und obgleich Friedländer versicherte, nur durch die vorzeitige Auflösung verhindert worden zu sein, den seinen Worten jeden kriminellen Sinn nehmenden Nachsatz auszusprechen, wurde er doch für schuldig befunden, „die Anordnungen der Obrigkeit öffentlich dem Hasse und der Verachtung ausgesetzt“ zu haben und zu 15 Taler Strafe verurteilt. Die „Breslauer Morgenzeitung“ ließ es sich nicht nehmen, ihren Bericht über den Prozeß mit hämischen, ja scharfmacherischen und denunziatorischen Glossen zu versehen.

Forderte im Anfang des Jahres 1870 auch die Fortdauer des schließlich mit einer Niederlage endenden Bergarbeiterstreits das Zusammengehen der beiden sozialistischen Gruppen in Breslau, so nahmen doch zugleich die inneren Auseinandersetzungen ihren weiteren Fortgang, wobei das Uebergewicht mehr und mehr auf die Seite der internationalen Richtung fiel. Während der Sozialdemokratische Arbeiterverein, in dessen Vorstand Uhr, Herforth, Koch, Dehne und Zapfe saßen, unentwegt an seinem Programm und seiner Organisation weiterbaute, und z. B. bereits am ersten Tage des neuen Jahres zu diesem Zwecke im „Kasinosale“ eine öffentliche Versammlung veranstaltete, machte die Krise in der Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins solche Fortschritte, daß Scheil nicht nur das seit der Gründung innegehabte Amt des Bevollmächtigten an Kräcker abtrat, sondern sogar in aller Oeffentlichkeit Stellung gegen Dr. von Schweitzer nahm und auch außerhalb Breslaus, so in Langenbielau, gegen die Wiederwahl Schweitzers zum Vereinspräsidenten agitierte.

Ueberhaupt erfaßte der Umschwung zu ungunsten Schweitzers immer mehr Breslauer Cassalleaner, und dieser Umstand trug dazu bei, für die bevorstehenden Neuwahlen zum Norddeutschen Reichstag eine Verständigung der beiden Gruppen in Breslau sehr zu erleichtern. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein besaßte sich in einer von Kräcker für den 7. März nach dem kleinen Saale von „Seiferts Etablissement“ auf der Kurzen Gasse (den heutigen „Zentral-Ballsälen“ in der Westendstraße) einberufenen öffentlichen Arbeiterversammlung neben einer Petition an den Reichstag wegen eines Vereins- und Versammlungsgesetzes mit den Wahlen. An demselben Tage veranstaltete auch die Sozialdemo-

tratische Arbeiterpartei — eben mit Rücksicht auf die Wahlen hatte sich der Verein aufgelöst und einem sozialdemokratischen Arbeiter-Wahlverein Platz gemacht, damit dem zu konstituierenden Wahlkomitee keine Schwierigkeiten aus § 8 des Vereinsgesetzes entstünden — in der „Goldenen Sonne“ eine Versammlung der Parteigenossen, die indessen zunächst nur den Parteikassenbericht Gutschmanns und den Bericht über den Breslauer Abonnentenstand des „Volkstaat“ entgegennahm, der in 88 Exemplaren gehalten wurde; darauf referierte Bruno Geiser*) wieder über die Prinzipien und die Organisation der Sozialdemokratie, und schließlich sprach ihr noch über die Form, durch welche man die Agitation in der Provinz erfolgreicher gestalten könne. Erst am 4. April wurden in einer öffentlichen Versammlung im „Kasino“, zu der alle Arbeiter und Arbeiterfreunde geladen waren, die Neuwahlen besprochen. Es sprachen ihr, Geiser, Gutschmann, der Chemiker Max Reisser u. a. Darauf wurde folgende Resolution gefaßt:

„In Erwägung:

1. daß die heutigen politischen und sozialen Mißstände alle Arbeiter in gleicher Weise drücken;
2. daß nur die vollste Einigkeit der gemeinsamen Sache zum Siege verhelfen kann;
3. daß keine der jetzt herrschenden Parteien die Rechte der Arbeiter vertritt,

beschließt die Partei: zu der bevorstehenden Reichstagswahl nur solche Kandidaten aufzustellen und zu wählen, welche für Abschaffung des jetzt herrschenden Lohnsystems und Gegner des die Geldmacht bedingenden Staates sind, und fordert alle Arbeiter, denen es mit der Verbesserung ihrer Lage Ernst ist, auf, sich ihr anzuschließen.“

Auf dieser Grundlage einigten sich dann die Lassalleaner und die Eisenacher und beschloßen, für die beiden Breslauer Wahlkreise als Kandidaten den Hamburger Geib**) aufzustellen, der inzwischen auch schon von Dr. von Schweitzer sich abgewendet hatte. Nun trat man, und zwar wie eine Breslauer Zeitung mit Neid bemerkt, als erste Partei in die Wahlagitation ein. Daß diese „im Namen der Arbeiterpartei“ geführt wurde, erregte den Aerger der Hirsch-Dunderschen, die dagegen protestierten und beschloßen, diesen Protest in allen gegnerischen Versammlungen vorzubringen.

Solcher Versammlungen, einberufen vom Wahlkomitee, dessen Vorsitzender Bräuer war, fanden im Juni und Anfang Juli mehrere statt, zu deren Besuch die Vertrauensleute beider Gruppen stets ihre Mitglieder besonders aufforderten.

Im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein wurde die Krisis in der Zwischenzeit immer schlimmer. In seinen Versammlungen wurde

*) Bruno Geiser, geboren am 10. April 1846 zu Breslau, Schriftsteller. Mitglied des Reichstages 1881—1887 für Chemnitz. Gestorben am 25. September 1898 in Breslau, wo er auch beerdigt liegt.

**) August Geib war Buchhändler in Hamburg. Mitglied des Reichstags 1874—1877 für Freiberg (Sachsen). Gestorben am 1. August 1879.

eifrig das Eisenacher Programm diskutiert, und schließlich legte auch Krüder sein Amt als Bevollmächtigter nieder. Auf der Tagesordnung der Sitzung vom 14. Mai stand zwar die Neuwahl eines Bevollmächtigten und Zahlmeisters, aber die Wahl kam vorläufig nicht zustande. Zunächst leitete ein „provisorischer Bevollmächtigter“ die Geschäfte und erst die Versammlung vom 11. Juni fand wieder unter einem ordentlichen Bevollmächtigten, Krause, statt.

Zu Pfingsten hatten die Eisenacher ihren Kongress in Stuttgart abgehalten und auf diesem war auch Breslau durch Neisser vertreten, der dann am 20. Juni in einer im „Café National“ abgehaltenen Versammlung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei seinen Bericht erstattete.

Die Kriegsjahre 1870 und 1871.

Mitten in diese Entwicklung hinein kam die französische Kriegserklärung, und wenn nun auch die einigende Wirkung der Wahlagitation versagte, weil man die Wahlen vertagte, so schloß die Kriegsgefahr die bisher streitenden Gruppen um so inniger aneinander. Nachdem die Frage, ob Krieg oder nicht, durch die Kriegserklärung entschieden war, traten die Breslauer Sozialisten als die ersten zusammen, um ihre Stellung öffentlich vor aller Welt zu bekunden. Schon am 18. Juli veranstalteten die vereinigten Gruppen der Lassalleaner und der Eisenacher im Saale des „Kasino“ eine Versammlung, deren überaus eindrucksvollen Verlauf die „Breslauer Zeitung“ besonders konstatiert. Die Tagesordnung lautete: Der Krieg mit Frankreich und die Adresse der Pariser Arbeiter. In dieser Adresse protestierten bekanntlich noch vor der Kriegserklärung die Pariser Mitglieder der Internationalen gegen den Krieg und forderten ihre deutschen und spanischen Brüder auf, das gleiche zu tun. Der Handschuhmacher Dehme, Scheil und Neisser leiteten die Versammlung. Neisser meinte, man hätte erwarten dürfen, daß die Berliner Arbeiter vorangehen würden. Da sie aber bis jetzt nichts getan hätten, so möge denn Breslau zuerst seine Stimme erheben, das schon so oft, wenn es Schnelligkeit der Tat galt, vorgegangen sei: Die Arbeiter von ganz Deutschland würden dem Beispiele Breslaus folgen. Neisser empfahl die Annahme der folgenden Adresse:

„Arbeiter von Frankreich! Brüder!

Das Ereignis, das eure Brüder in Paris in ihrem Manifest an die Arbeiter Deutschlands und Spaniens bekämpfen, ist eingetreten. Der Krieg ist erklärt. In dem Augenblicke vielleicht, wo ihr Kenntnis nehmt von dieser unserer Gefinnungsäufkerung, werden sich zum ersten Male wieder französische und deutsche Waffen kreuzen, wird das Blut von Tausenden unserer Brüder die Erde tränken, werden Schlachten die

blühende Ernte, die Hoffnung und den Segen des Landes vernichten. Unzweifelhaft ist Elend und Not das Geschick, das über unseren und euren Häuptern schwebt, und unnatürlich wäre es, wollten Arbeiter durch Drängen zum Kriege es selbst heraufbeschwören.

Brüder! Das eigenste Interesse der Arbeiter erheischt den Frieden, in dem allein Gewerbe und Handel blühen und den Arbeiter ernähren können. Die Arbeiter sind es, die ein Krieg am tiefsten schädigt, nicht allein, weil gerade aus ihren Reihen zumeist die Heere sich bilden, ihr Blut zumeist es ist, das zum Opfer verlangt wird, oder weil sie am meisten der Not Widerstand zu leisten vermögen; sondern mehr noch, weil der Kampf der Völker die Macht Einzelner stärkt und es der bedrückten Masse dadurch erschwert, die politische und mit ihr die ökonomische und geistige Freiheit auch für sich zu erkämpfen. Wir begrüßen darum mit Freuden den Protest unserer Pariser Brüder, der nur ein Beweis war, daß die Kriegslust des französischen Volkes, wie sie seine Tageblätter schildern, eine Lüge derer war, die die Tyrannei zu fördern trachten, und der uns hoffen läßt, daß der Krieg, der nicht das Einverständnis der Nation für sich hat, verhindert werden würde.

Trotz alledem müssen wir aber heute die Waffen in die Hand nehmen und unsere Brust den Kugeln eurer Soldaten darbieten — müssen wir, weil man uns gezwungen hat.

Franzosen! Auf dem Thron eures Landes sitzt ein Mann, dessen Herrschaft ein Produkt der Revolution ist, der wie alle Usurpatoren gerade die Revolution fort und fort fürchtet, der auf einem Meer von Blut in den Hafen seiner Macht einfuhr, der nun auch Blut nicht scheut, um sich und seiner Brut das freventlich Errungene zu erhalten. Schon seit Jahrzehnten ist er stets bereit gewesen, innere Zerwürfnisse durch äußere Kriege zu enden, und auch diesmal hat derselbe Wind das gewaltige Unwetter an unserem politischen Himmel heraufgeführt. Um den Sturz seiner Dynastie zu verhüten, hat er Deutschland den Krieg aufgedrungen.

Brüder! Nicht gegen euch sechten wir, die wir dasselbe Los teilen und demselben Ziel entgegenstreben. Nicht Nationalitätenhaß ist es, der uns in den Kampf treibt; die Industrie darf keine Grenzen und Nationen kennen; sie und ihre Jünger sind international. Gegen die Söldlinge des Zäsaeren sind unsere Bajonette gerichtet. Der Mann, der seit Jahrzehnten die Ruhe Europas, die Blüte der Gewerbe, des Friedens gefährdet, der ein frevelhaftes Spiel mit dem Blute der Nationen treibt und jeden Augenblick seiner Eitelkeit und Herrschsucht Millionen von Menschenleben zu opfern gewillt ist — der Mann ist es, den wir glühend hassen, den wir bekämpfen.

Nicht der französischen Nation gilt der Krieg! Die französische Dynastie zu vernichten, das ist — wenigstens in unseren Augen — das Ziel desselben. Herab vom Throne muß der Bedroher, der Vernichter des Friedens und unseres Wohlstandes, herab der Mörder unserer Brüder! Weichen muß die Macht der Tyrannei; das tobende Unwetter muß der Vorbote des Freiheitsmorgens sein, dessen Sonne, den blutroten Wolken des westlichen Himmels emsteigend, ihre Strahlen auch herüber nach dem noch dunklen Osten, herüber zu uns werfen wird.

Darauf die Hand, Brüder!

Lauter Beifall folgte der Verlesung dieser Kundgebung. Sämtliche Redner traten für einstimmige Annahme der Adresse ein, die auch ohne Widerspruch erfolgte. Es wurden notwendige Maßnahmen beschlossen, um der Resolution zahlreiche Unterschriften und eine schnelle und weite Verbreitung zu verschaffen. Dann ging die Versammlung, würdig und ruhig, wie sie verlaufen

war, auseinander, und mancher von denen, die eben noch mitberaten hatten, folgte bald dem gebieterischen Rufe zu den Waffen.

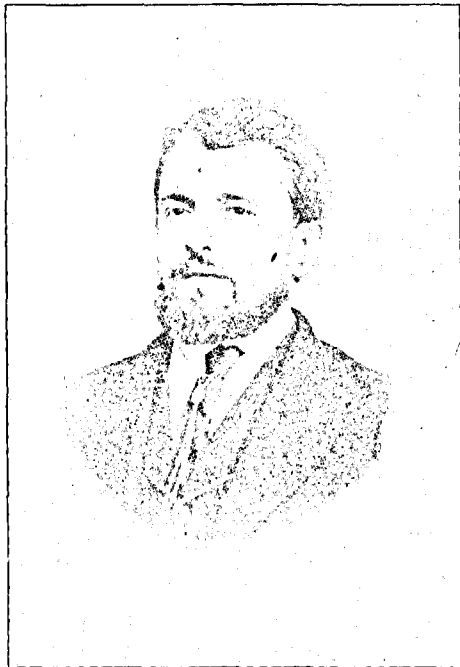
Diese entschiedene zielbewußte und von wahrhafter Vaterlandsliebe durchdrungene Stellung der Breslauer Sozialdemokraten, die so vornehm von dem chauvinistischen Siegestaumel der bürgerlichen Presse, vorab der „Breslauer Morgenzeitung“, abstrach, entsprach, wie man sieht, der Auffassung Brades und des Braunschweiger Ausschusses der Eisenacher, der sich in der Kriegsfrage bekanntlich nicht auf den Bebel-Liebknicht'schen Standpunkt der vollständigen Kriegskreditverweigerung stellte.

Es war nun eine Konsequenz der am 18. Juli beschlossenen Adresse, daß zusammen mit der übrigen Sozialdemokratie Deutschlands auch die Breslauer Parteigenossen zu den entschiedensten Kriegsgegnern in dem Augenblicke wurden, als das Ziel des Kampfes in ihren Augen: der Sturz der napoleonischen Tyrannei erreicht war und die deutsche Forderung nach der Abtretung von Elsaß-Lothringen den weiteren Kampf gegen die Republik zu einem Eroberungskriege machte. In einer am 20. August im „Warschauer Keller“ (Ecke Schmiedebrücke und Kupferschmiede-Straße) abgehaltenen Parteiversammlung deutete Reisser diese Ansicht in einem Referat über den Krieg und die Arbeiter bereits an. Ueberall, in allen Ländern, stünden den Arbeitern noch die geschlossene Opposition der Regierungen und der vereinigten Bourgeoisie gegenüber. Diese Opposition gelte es zu brechen, um für die Arbeiterpartei jene Freiheit und das Eingreifen in die politischen Aktionen zu erzwingen, die es überhaupt unmöglich machen würde, Kriege zu führen. Solange der gegenwärtige Krieg ein Verteidigungskrieg bleibe, müsse man ihn anerkennen, entschieden müsse jedoch gegen die sich bemerkbar machende Eroberungspolitik protestiert werden.

Zu diesem Zwecke fand denn auch bald darauf eine allgemeine Arbeiterversammlung statt, die den Beschluß faßte, gegen die Fortführung des Krieges Einspruch zu erheben und sich dem Protest der Pariser Arbeiter gegen die Abtretung von Elsaß-Lothringen anzuschließen. Vorher hatten die Hirsch-Dunderschen, schon als bloß die Absicht der Sozialdemokraten bekannt geworden war, es für dringend nötig erachtet, der Oeffentlichkeit mitzuteilen, daß sie selbstverständlich für die Annexion der späteren Reichsländer seien.

Wenn auch im übrigen die Parteithätigkeit während der Dauer des Krieges nicht so lebhaft war wie sonst, so ruhte sie doch nicht ganz. An den im November stattfindenden Landtagswahlen beteiligte man sich selbstverständlich nicht. Aber es fanden doch ziemlich häufig Mitgliederversammlungen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei statt, in denen über die verschiedensten Fragen diskutiert wurde. Im Januar des neuen Jahres 1871

setzte dann die Agitation zu den Reichstagswahlen aufs neue ein, den ersten im jungen Deutschen Reiche, und nun entfaltete sich auch wieder ein regeres politisches Leben. Bereits am 9. Januar veranstaltete die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die nun auf längere Zeit hinaus den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein völlig in den Hintergrund drängt, im



Julius Krüger.

„Warschauer Keller“ eine Versammlung mit der Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. Geladen waren hierzu alle Parteigenossen und vor allem die Vertrauensmänner des noch vom vorigen Jahre bestehenden Arbeiter-Wahlvereins. Diesem Wahlverein wurden dann die weiteren Vorbereitungen, in erster Reihe die Neubildung der Wahlkomitees, übertragen. Der Wahlkampf war sehr heiß. Um die Palme des Sieges stritten vor allem die Fortschrittsmänner mit den Nationalliberalen, die im vorhergehenden November bei den Landtagswahlen sämtliche Sitze erobert hatten. Die Sozialdemokraten stellten auf Vorschlag

ihres Wahlkomitees August Bebel für Breslau-West und Wilhelm Bracke*) für Breslau-Ost auf, ein Zeichen für das Uebergewicht der Eisenacher über die Lassalleaner, um so mehr als Schweitzer sich mit großer Heftigkeit gegen die Unterstützung der „Sozialisten“ ausgesprochen hatte. Von zwei Wahlbüros, bei Hallmann, Klosterstraße 13, für den Osten und Rasche, Friedrich-Wilhelmstraße 17, wurde die Wahlagitation getrieben. Nicht nur eigene Versammlungen hielt die Partei ab, sondern man ging auch in die gegnerischen Veranstaltungen. So kam es in einer Versammlung der Hirsch-Dunderschen, die den bisherigen Abgeordneten, den Fortschrittlern Ziegler und von Kirchmann, ihre Stimme zu geben beschlossen, zu erregten Auseinandersetzungen, weil Reisser und Scheil heftig gegen den Chauvinismus der bürgerlichen Parteien zu Felde zogen und als die alleinigen Vertreter der Arbeiter die sozialdemokratischen Kandidaten empfahlen. Leider besaß das sozialdemokratische Wahlkomitee zu einer intensiveren Agitation kein Geld; nicht einmal ihre Straßenplakate, die ihnen von der Polizei abgerissen worden waren, konnten sie erneuern. Unter solchen Umständen und bei der Tatsache, daß ein großer Teil der Wähler gerade aus Arbeiterkreisen im Felde stand, kann es nicht wundernehmen, wenn die Zahl der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen bei der ersten Wahl, an der sich die Breslauer Parteigenossen beteiligten, nur gering war: es erhielt Bebel 174 und Bracke 175 Stimmen. Gewählt wurden mit einer überwiegenden Majorität die beiden Fortschrittler.

Im Gegensatz zu Breslau erzielten die Sozialdemokraten — um das nebenbei hier zu erwähnen — im Reichenbacher Wahlkreise einen schönen Erfolg. Dort erhielt der Zimmerer Kapell**), ein unentwegter Lassalleaner, 1680 Stimmen. Es kam zur Stichwahl zwischen dem Feldmarschall Moltke als konservativen und dem Fabrikanten Websky als liberalen Kandidaten, und die Sozialdemokraten gaben den Ausschlag zugunsten Moltkes. Da aber Moltke ablehnte, kam es zur Nachwahl, und an dieser beteiligten sich die Sozialdemokraten nicht.

Doch kehren wir nach Breslau zurück. Einer der gewaltigsten Kämpfe in der Geschichte des Sozialismus war ausgebrochen: der Kommuneaufstand in Paris. Es war selbstverständlich, daß auch die Breslauer Sozialdemokraten zu diesem ganz Europa in Atem haltenden Ereignis Stellung nahmen. Eine Versammlung, die zu diesem Zwecke abgehalten wurde, löste die Polizei auf. Eine zweite fand am 27. Mai statt, und ungeachtet aller Schmähungen

*) Wilhelm Bracke, geboren am 29. Mai 1842 zu Braunschweig, Kaufmann. 1877—79 Reichstagsabgeordneter für Glauchau-Meerane, legte sein Mandat Ende 1879 nieder. Er starb am 27. April 1880.

**) August Kapell, Zimmerer in Berlin. Mitglied des Reichstages 1877—78 für Reichenbach-Neurode.

und Verdächtigungen, in denen namentlich wieder die „Breslauer Morgenzeitung“ groß war, sprachen hier die Breslauer Sozialdemokraten den Pariser Kommunisten ihre vollsten Sympathien aus. Aber auch einem anderen Kampfe um die Freiheit wandten die Breslauer Sozialdemokraten ihr Interesse zu und gerade dabei bewiesen sie, daß Internationalität sich mit wahrer Nationalität sehr wohl verträgt. In Oesterreich, vor allem in Böhmen, hatte das Deutschtum schwer unter den Maßnahmen des Ministeriums Hohenwart-Schöffle zu leiden. Aus diesem Anlaß fand in Breslau am 21. Oktober eine von mehreren tausend Männern besuchte Protestversammlung statt, an der auch die Sozialdemokraten offiziell teilnahmen. Neisser übernahm es, die Zustimmung seiner Parteigenossen zu der beantragten Sympathieresolution zu begründen, welche die Deutschen Oesterreichs als die Vorkämpfer einer freien Verfassung zu unterstützen versprach. Er schloß seine Ausführungen mit dem Rufe: „Auch wir kämpfen den Kampf gegen die finsternen Mächte der Reaktion, und in diesem Kampfe stehen wir ihnen zur Seite!“

Die wirtschaftlichen Kämpfe in der „Gründerzeit“.

Nach Beendigung des französischen Krieges, als der „Milliardensegen“ nach Deutschland strömte, setzte auch in Breslau eine Periode eines nie geahnten wirtschaftlichen Aufschwunges ein. Kein Wunder, wenn auch die Arbeiter von dem Bestreben erfaßt wurden, an dem Ueberflusse der „Gründerzeit“ bescheidenen Anteil zu nehmen. Dieses Verlangen gab auch in der schlesischen Hauptstadt der seit dem Jahre 1869 wieder sehr herabgekommenen Gewerkschaftsbewegung neue Schwingen. Ganz frei von gewerkschaftlichen Kämpfen war auch das Jahr 1870 nicht gewesen. Kurz vor Ausbruch des Krieges waren die Zigarrenarbeiter zweier Fabrikanten in den Streik getreten, und in seinem Verlaufe hatte auch die Polizei Gelegenheit gehabt, den Unternehmern Hilfe zu leisten. Aber das eigentliche „Streikfieber“, wie es die „Breslauer Zeitung“ nannte, setzte erst nach dem Friedensschlusse ein. Die ersten waren die Schuhmacher, die am 5. Juni 1871 in einer Versammlung bei Casperke die Forderung einer 25 prozentigen Lohnerhöhung berieten und zur Verfolgung ihres Planes eine zwölfgliedrige Kommission erwählten. Ihnen folgten bald die Maler, die eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit sich vor allem zum Ziele setzten; etwas später auch die Bäcker. Aber ihnen wie allen anderen Berufen fehlte vorläufig eine brauchbare gewerkschaftliche Kampforganisation. Zwar standen sie mit der sozialdemokratischen Partei in engem Zusammenhange, ihre Bestrebungen waren vom Geiste des Sozia-

ismus getragen und die Führer der Sozialdemokratie waren es, welche die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen mit der Hirsch-Dunderschen Richtung in die Hand nahmen, aber wie gesagt: eine eigentliche Gewerkschaftsorganisation war nicht vorhanden. Sie galt es nun zu schaffen, denn die wilden Streiks, wie sie die Güterboden- und Magazinarbeiter der Rechten Oderufer-Eisenbahn wegen Lohnabzügen im Juli und September geführt hatten, konnten unmöglich zum Ziele führen, zumal sich damals schon in Voraussicht kommender Kämpfe einige Unternehmergruppen zu rüsten begannen. So referierte in einer im Dezember 1871 abgehaltenen Sitzung des Schlesiſchen Baugewerksvereins der Maurermeister Wolfram über Arbeitseinstellungen und die Mittel zu ihrer Abwehr; er stellte dabei die Forderung auf, daß die Geseßgebung — allerdings unbeschadet des Koalitionsrechts, wie er abmildernd hinzusetzte — die Agitation der Internationalen auf wirtschaftlichem Gebiete unmöglich machen müsse.

Die zu solchem Kampfe erforderlichen gewerkschaftlichen Organisationen sah die zweite Hälfte des Jahres 1871 und der Anfang des neuen Jahres in den sogenannten *Widerstandsklassen* erstehen. Sie standen in engem Zusammenhang mit den der Eisenacher Richtung angehörenden Parteiführern. Sollten diese Widerstandsklassen das zum Streit eventuell nötige Geld ansammeln, so war es andererseits erforderlich, auch Material über die wirtschaftliche Lage der Breslauer Arbeiterschaft zu sammeln, um so die zu stellenden Gegenwartsforderungen einwandfrei begründen zu können. Aus dieser Erkenntnis heraus hatte bereits im Anfang des Jahres 1871 eine Versammlung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei eine Statistische Kommission eingesetzt und diese mit der Durchführung der erforderlichen Erhebungen beauftragt. Im Januar 1872 gab nun die aus 39 Mitgliedern bestehende Kommission, deren Vorsitzender Geißer und deren Schriftführer Neisser waren, Fragebogen heraus, um die Zahl der in Breslau beschäftigten Arbeiter, ihre Lohnverhältnisse und ihre Arbeitszeit zu ermitteln.

Bald entbrannte der Kampf an allen Ecken und Enden lichterloh. Anfang Februar traten die Silberarbeiter in den Streit; sie forderten eine Aufbesserung ihrer bis dahin nur auf 3—4 Taler wöchentlich sich belaufenden Löhne. Der Streit hatte nach einmonatlicher Dauer Erfolg, nur die drei Mitglieder des Streikkomitees konnten nicht wieder untergebracht werden, worauf sie eine Produktionsgenossenschaft gründeten.

Bereits am 29. Januar waren die Schneider in einer bei Casperke abgehaltenen Versammlung übereingekommen, eine Lohnerhöhung von 25 Prozent zu fordern. Die „Breslauer Zeitung“ knüpfte hieran die Bemerkung, daß die Form, in der jene Forderung gestellt worden sei, als ein Beweis für den Bildungs-

stand und die Besonnenheit der Breslauer Arbeiterwelt gelten könne, „innerhalb welcher die Theorien der Herren Mende, Tölke, Liebknecht und Genossen bisher nur wenig Anklang gefunden haben“. Trotz dieser Bescheidenheit der Gesellen zeigten die Meister nur wenig Entgegenkommen. Nach längerem Zögern wollten sie schließlich über eine Erhöhung der Löhne um 12½ Prozent mit sich reden lassen. Andererseits aber griffen sie zu dem damals schon ganz beliebten Mittel des Terrorismus und drohten, die an der Lohnbewegung sich beteiligenden Gesellen einfach aus der Arbeit zu entlassen. Tatsächlich ließ sich dadurch eine große Zahl der Gesellen einschüchtern und blieb einer zweiten Versammlung, die am 18. Februar stattfand, fern. In dieser Zusammenkunft wurde beschlossen, mit Rücksicht auf die bei Zuhilfenahme der Nachtzeit höchstens 4 Taler wöchentlich betragenden Löhne, die selbst eine 50 prozentige Erhöhung nicht zu scheuen brauchten, an der ursprünglichen Forderung festzuhalten, zumal die Konfektionäre und Kleiderhändler mit der 25 prozentigen Steigerung durchaus einverstanden seien und der Widerstand nur bei den Meistern liege. Als diese sahen, daß die Gesellen allen Einschüchterungen zum Trotz auf ihrem Standpunkte verharren, schimpften sie zwar in einer noch am gleichen Tage veranstalteten Sitzung weidlich auf die faulen Gesellen und ihre Agitatoren, bequemtten sich aber schließlich doch dazu, es jedem einzelnen Meister zu überlassen, ob er die 25 Prozent bewilligen wolle. Doch kam es auch jetzt noch zu heftigen Zusammenstößen mit der Gesellenkommission und schließlich wurden die Verhandlungen gänzlich abgebrochen. Die Gesellen verpflichteten sich auf Ehrenwort, ihre Forderungen nunmehr den einzelnen Meistern schriftlich zur Anerkennung vorzulegen. Wo dieser letzte Schritt erfolglos blieb, begann am 3. März der Streik. Die Streikleitung, die ihr Büro in den „Drei Tauben“ aufgeschlagen hatte, lag in den Händen des Schneidergesellen Schumacher, eines entschiedenen Eisenachters, der sich auch hervorragend darum bemühte, andere Berufe zu organisieren. Der Schneiderstreik konnte bereits am 10. März für beendet erklärt werden, da an diesem Tage 400 Gesellen wieder zu den neuen Bedingungen arbeiteten. Um die errungenen Erfolge zu sichern und für die Zukunft gerüsteter dazustehen, wurde auf Vorschlag Schumachers beschlossen, der Widerstandskasse eine festere Organisation zu geben. Um dieselbe Zeit führten auch die Töpfer und die Tapezierer erfolgreiche Streiks durch; die Bildhauer schließen sich zu einem völlig auf neutralem Boden verbleibenden Vereine zusammen, und die Maler und Lackierer treten zu einer Organisation zusammen, die als ihre erste Aufgabe die Verkürzung der bisher 14 stündigen Arbeitszeit um 2 Stunden erachtet. Die Lithographen und Steindrucker setzten eine Lohnerhöhung von 10 Prozent durch, und die Zimmerer gründeten eine

Widerstandskasse, um einen von den Meistern abgelehnten Minimallohn von 2 Silbergroschen und 6 Pfennigen stündlich und eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen.

Im April 1872 folgten mit der Gründung von Widerstandskassen die *Bäcker* und die *Schuhmacher*. Diese stellten in einer unter der Leitung des Altgesellen Schmidt abgehaltenen Versammlung fest, daß von 1500 in Breslau beschäftigten Gesellen etwa 800 unter 3 Talern und 700 bei einer allerdings 16- bis 17 stündigen Arbeitszeit nicht viel über 3 Taler wöchentlich verdienen, weibliche Berufsangehörige — etwa 500 — gar nur 1½ bis 3 Taler.

Auch die *Tischler* gründeten um dieselbe Zeit in einer bei Pietich abgehaltenen Versammlung eine Widerstandskasse. Sie wollten ebenfalls eine 25 prozentige Lohnerhöhung, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden durchsetzen. Ihre Führung hatte *Ahr*. Die Meister erkannten auch zunächst das Verlangen der Gesellen nach einer wesentlichen Aufbesserung ihrer Löhne als berechtigt an, wenn sie auch meinten, daß eine sofortige Erhöhung um 25 Prozent nicht durchführbar sei. Ein Teil der Meister lehnte allerdings jede Forderung ab. Die Gesellen nahmen daraufhin vorläufig eine abwartende Stellung ein und benutzten die nächsten Monate zur Stärkung ihrer Organisation. Nur die *Tischler* und die *Stellmacher* der *Linkeschen Waggonfabrik* traten bereits Ende April in den Ausstand, in einer Stärke von 170 Mann. Trotzdem die *Hirsch-Dunderschen* unter dem Vorwande, daß der Streik ein unberechtigter sei, Quertreibereien versuchten, erlangten die Ausständigen nach mehrwöchentlichem Kampf eine Aufbesserung der Löhne um 15 Prozent. Die Firma, die zuerst durchaus nur mit den Arbeitern einzeln verhandeln wollte, mußte nachgeben, weil die Gefahr bestand, daß durch den Streik der *Holzarbeiter* der gesamte Betrieb zum Stillstand kommen werde.

Von der gewerkschaftlichen Kampfbewegung wurden um dieselbe Zeit die *Klempner* erfaßt, desgleichen die *Müller*, deren Streik später noch in anderem Zusammenhange Erwähnung findet. Auch unter den *Handlungshelfen* begann es sich zu rühren; ein Teil von ihnen trat mit der Forderung an die Öffentlichkeit, daß ihre meist 16stündige Arbeitszeit beschränkt werden möge, und zwar im Sommer auf 15, im Winter auf 13 Stunden; während Sonntags die Geschäfte spätestens um 5 Uhr geschlossen werden sollten. Von einem ernsthaften Eintreten für diese Forderungen war natürlich keine Rede.

Einen zähen Kampf führten vom Mai ab die *Schuhmacher*. Allmählich gelang es ihnen, ihre Forderung einer 25 prozentigen Lohnerhöhung bei den einzelnen Meistern trotz heftigen Sträubens der Innung zur Anerkennung zu bringen, und als schließlich am 25. Juni doch noch der Teilstreik gegen die Hartnäckigsten der

Arbeitgeber erklärt wurde, hatte er fast gar keine praktische Bedeutung mehr; nach wenigen Tagen schon wurde nur noch ganz vereinzelt gestreift. Auch waren sie mit ziemlichem Erfolg bemüht gewesen, den Arbeitsnachweis den Innungsmeistern abzunehmen.

Größeren Umfang nahm die Bewegung der *B ä d e r* an. Sie verlangten außer einer 25 prozentigen Lohnsteigerung die Abschaffung des „Du“, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 16 Stunden und an allen drei hohen Festen eine Freinacht. Da die Meister sich auf nichts einließen, legten fast sämtliche Gesellen am 18. Juni die Arbeit nieder. Schon am 21. Juni konnte der größere Teil unter neuen, wenn auch nicht ganz den Forderungen entsprechenden Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen, nur bei den größeren Meistern mußte noch weiter gestreift werden.

Die Erfolge der Sozialdemokraten auf gewerkschaftlichem Gebiete hatten die Eiferucht der *Hirsch-Dunder*schen erweckt. Zu Beginn des Jahres hatten sie in einer Versammlung, die sie „öffentlich“ nannten, obgleich sie die Sozialdemokraten durch die Form der Einladung von der Versammlung fernhielten, ihren Gründer und ersten Führer, den *Dr. Max Hirsch* sprechen lassen, aber auch er vermochte der Agitation nicht mehr Erfolg zu verleihen. Schließlich versetzten sie auf den Gedanken, eine besondere Kommission einzusetzen mit dem Auftrage, in den von der Sozialdemokratie einberufenen Versammlungen für ihre Gewerkvereinsideen eine regelmäßige Propaganda zu entfalten. Aber auch hier blühte ihnen der Erfolg nicht, trotzdem die bald wieder einsetzenden Streitigkeiten zwischen den Lassalleanern und den Eisenachern ihnen die Sache verhältnismäßig leicht gemacht hätten.

Es lag an der vorhin erwähnten, durch den wirtschaftlichen Aufschwung der Gründerperiode veranlaßten stärkeren Betonung der Gewerkschaftsbestrebungen, daß eben diese Streitigkeiten und Auseinandersetzungen sich jetzt auch in Breslau vorwiegend auf dem Boden der Gewerkschaftsbewegung abspielten. Stand diese, wie wir gesehen haben, seit ihrem Neuerwachen zunächst im engen Zusammenhange mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, so versuchten doch auch bald wieder die Lassalleaner den Boden zurückzugewinnen, den sie früher in Breslau besessen hatten. In den Ostertagen 1872 unternahmen Agitatoren des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins eine umfassende Agitation in Schlesien, und im Anschluß an diese kamen sie auch nach Breslau. Hier bereitete sich um diese Zeit — in der zweiten Hälfte des April — gerade eine allgemeine Lohnbewegung der *M ü l l e r* vor. Außer auf eine Erhöhung der Löhne zielte diese auf die Verkürzung der Arbeitszeit von 18 auf 12 Stunden, die Abschaffung der regelmäßigen Sonntagsarbeit und der Anrede mit „Du“ ab. Die Leitung lag zunächst in den Händen des dem Leser bereits als eifrigen Eisenacher bekannten Schneiders *R u d o l f S c h u m a c h e r*. Aber auch die Lassalleaner griffen, wie gesagt, bald ein. Die Abge-

ordneten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Hörig aus Hamburg und Kersten aus Berlin gingen während ihrer mehr-
tägigen Anwesenheit in Breslau direkt in die einzelnen Fabriken
und Werkstätten. Auch die Mühlen suchten sie auf, um dort mit
den Arbeitern Fühlung zu nehmen, und ebenso besuchten sie eine
von Schumacher einberufene Müllerversammlung. In ihr sprach
Hörig und von den Eisenachern Reisser. Die Versammlung
beschloß im übrigen den Streik, der am 30. April begann und einen
teilweisen Erfolg hatte.

Ernsthaft wurde den Eisenachern das seit 3 Jahren fast un-
bestrittene Gebiet aber erst mit dem Eintreffen des Tischlergesellen
Clas Peter Reinders*) bestritten. Die Brust von jugend-
lichem Fanatismus geschwellt, der oft keine Schranken kannte, kam
er im Mai nach Breslau, nachdem er vorher eine Agitationstour
im Culengebirge erledigt hatte, wo er jedenfalls mit den Breslauer
Eisenachern Dehme und Geiser zusammengetroffen war, die um
die gleiche Zeit im Webergelände agitierten. In einer großen
Tischlerversammlung, die unter Teilnahme von etwa
400 Personen am 9. Juli bei Pietisch tagte, trat er in Breslau zum
ersten Male vor die größere Öffentlichkeit. Hämisck begrüßte ihn
die „Breslauer Morgenzeitung“: „Ein gewisser Reinders, der als
Hafenclavers Agitator jüngst hier in Breslau und in der Provinz
seine geistige Unreife kundgetan hat“. Sofort wurde Reinders die
Seele der im Frühjahr vertagten, jetzt aber mit doppelter Kraft
einfekenden Tischlerbewegung, die schließlich zum Streik führte und
25 prozentige Lohnerhöhung, vor allem aber die Verkürzung der
Arbeitszeit auf 10 Stunden zum Ziel hatte. Trotzdem nur die der
Widerstandsklasse angehörenden Gesellen, etwa ein Drittel der Ge-
samtzahl von 1700, in den Ausstand traten, gerieten sehr viele
Arbeitgeber sehr bald in große Verlegenheit. Allmählich wurde die
Zahl der Meister, mit denen eine Vereinbarung zustande kam,
immer größer, und in den großen Aktiensabriken einigte man sich
überhaupt auf gütlichem Wege, ohne jede Arbeitseinstellung.
Immerhin dauerte es bis zum 20. August, bis auch in den letzten
Werkstätten von den durch die Erklärungen ihrer Meister befrie-

*) Clas Peter Reinders, geboren am 6. September 1847 zu
Emden in Friesland. Er besuchte die Volksschule und kam dann zu einem
Tischler in die Lehre. Nach Ablauf der Lehrzeit ging er auf die Wander-
schaft und arbeitete in verschiedenen Städten. In Bremerhaven war es,
wo er zuerst die sozialdemokratische Bewegung kennen lernte. Er widmete
sich ihr sofort mit glühendem Eifer und suchte sich in den Versammlungen
Redegewandtheit zu erwerben, um jene Tätigkeit aufnehmen zu können, zu
der ihn sein ganzes Wesen hingog: für die Partei zu wirken und zu werben.
Zunächst begeisterte er sich an den Schriften Lassalles und lernte die Arbeiter-
bewegung in Hamburg und Berlin kennen. Ohne Auftrag, ganz aus eigenem
Antrieb, kam Reinders nach Breslau. Als eifriger Lassalleaner fand er es
unerhört, daß in Breslau, der Vaterstadt Lassalles, so wenig Mitglieder
des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins beisammen waren, und er unter-
nahm es, die zerstreuten Anhänger des großen Agitators wieder zu sammeln.

digten Gefellen die Arbeit wieder aufgenommen wurde. — Nebenbei sei im Anschluß hieran noch angeführt, daß um dieselbe Zeit, am 7. August, die Breslauer Droschkenbesitzer wegen eines ihnen vom Polizeipräsidenten aufgezwungenen neuen Fahrtarifs ihren Betrieb einstellten. Zwei Tage lang war Breslau völlig von Droschken entblößt. Dann aber hatte der Streik ohne den geringsten Erfolg sein Ende erreicht. — Auch die Sandschiffer auf der Oder hatten im Monat August einen Ausstand zu verzeichnen.

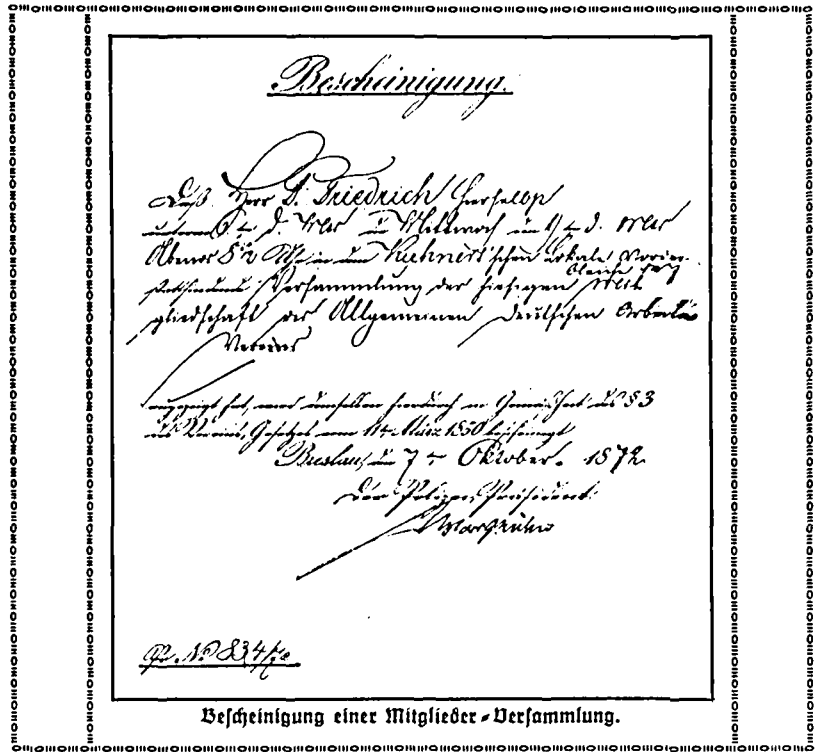
Die „Schlesische Zeitung“ glaubte warnen zu müssen, denn bereits im Jahre 1871 wies sie in einer Reihe von Artikeln auf „die verderblichen Folgen“ der Streiks hin. Sie schrieb: „Der Arbeiter verliert seinen Lohn, kommt durch Schuldenmachen, Verleitung zum Aneipenleben, Vernachlässigung seiner Familie wirtschaftlich rückwärts; der Arbeitgeber verliert den Produktionsgewinn, die Unterhaltungskosten des Etablissements, den Zins des Betriebsfonds und endlich die Aufträge, die andere Wege suchen. Ebenso trügerisch ist die Illusion der durch die Arbeitseinstellungen angestrebten Lohnerhöhungen, weil mit ihnen die Lebensbedürfnisse im Preise steigen, und endlich ist der letzte Zweck der Streiks als Kampf gegen die Macht des Kapitals ein irriger und gefährlicher; denn das Kapital gehört zu den unentbehrlichsten Produktionsmitteln, deren Schwächung zu einer Schmälerung der Fabrikation und Gütererzeugung führen, also die Lage der arbeitenden Klassen nur bedrohen kann“. — Diese Warnungsrufe des Blattes der Satten konnten die Breslauer Arbeiterschaft nicht abhalten, für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu kämpfen.

Die Zeit des Bruderkrieges.

Doch wenden wir jetzt der rein politischen Bewegung des Jahres 1872 unser Augenmerk zu. Die bisherige Einheitlichkeit der Partei, die noch in einer Ende Mai abgehaltenen öffentlichen Parteiversammlung zugunsten der von der „Schlesischen Zeitung“ angegriffenen Sulengebirgsweber zum Ausdruck gekommen war, wurde durch das Eintreffen von Reinders gestört. Am 22. Juli veranstaltete er bei Wengler, Ritterplatz Nr. 9, eine Versammlung, in welcher er eine Mitgliedschaft der hiesigen Anhänger des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wieder ins Leben rief. Bevollmächtigter wurde Reinders und Paul Friedrich Rastierer. Das Verhältnis zu den Eisenachern blieb zunächst — wenn auch nur für kurze Zeit — noch einigermaßen erträglich und friedlich.

Immerhin zeigte sich schon bei der nächsten größeren Parteiation der scharfe Gegensatz zwischen den auf fester wissenschaftlicher Grundlage mit Ruhe und Zielentschlossenheit vorgehenden

Eisenachern und den in mehr oder minder demagogischer Agitation ihre Kräfte erschöpfenden Lassalleanern. Eine der verhängnisvollsten Begleiterscheinungen der Gründerzeit war, wie anderswo, auch in Breslau eine durch unerhörte Mietssteigerungen hervorgerufene, bis zur Unerträglichkeit anwachsende Wohnungsnot. Sie hatte in der ersten Hälfte des Jahres 1872 zur Gründung eines aus bürgerlichen Kreisen sich rekrutierenden „Ver eins zur Hebung der Wohnungsnot“ geführt. Die Breslauer



Sozialdemokraten aber machten sich gesondert an die Lösung des Problems, und zwar unter der Führung der Eisenacher. Die Erhebungen ihrer statistischen Kommission über die Lebenshaltung der Breslauer Arbeiterschaft gab diesen für ihre Behandlung der Frage die beste Unterlage. Am 29. Juli befahte man sich zum ersten Male öffentlich mit der Wohnungsnot, zugleich aber auch mit einer für die Arbeiterschaft wie für die Allgemeinheit außerordentlich aktuellen zweiten Frage: der der Streiks. Aus Anlaß der Tischlerbewegung fand bei Springer eine von 900 Personen besuchte Volks-

versammlung statt. Zunächst sprach hier Bruno Geiser über die Bedeutung der Arbeitseinstellungen. Er entwickelte dabei folgende Ideen: Eine prinzipielle Leugnung der Gerechtigkeit der heutigen gesellschaftlichen Zustände schließt die Möglichkeit aus, auf dem Boden derselben eine Beseitigung der wirtschaftlichen Mißverhältnisse zu erstreben. Grundsätzlich sieht der Sozialismus die Streiks nicht als Mittel zur Besserung der Lage des Arbeiters an. Da aber die durch die politischen Ereignisse der jüngsten Zeit in erster Linie erzeugte Steigerung der Preise die Lebensgewohnheiten der Arbeiter herabzusetzen geeignet ist, so müssen die Arbeitseinstellungen, als die vollkommen berechnete Reaktion auf diesen Druck, wenn sie durch eine genügende Organisation einen Erfolg als möglich erscheinen lassen, die Unterstützung aller wahrhaft arbeiterfreundlichen Vereinigungen für sich haben, also auch der Sozialdemokratie. — In der Diskussion erging sich Reinders zunächst in den schärfsten Angriffen gegen die herrschenden Klassen und ihre Presse, wobei es den liberalen Zeitungen besonders schlecht erging. Den Arbeitern werden nicht die staatlichen und nicht die städtischen Behörden helfen, so rief Reinders, nur in ihrem Zusammenschluß liege ihre Rettung.

Bei der Besprechung der Wohnungsnot ging man davon aus, sie als eine Teilercheinung des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu behandeln. August Kühn, damals schon der eifrigste Agitator der Eisenacher Richtung im Culengebirge, erklärte, daß die Wohnungsnot restlos nur im sozialistischen Volksstaate beseitigt sein werde. Immerhin befaßte man sich durchaus ernsthaft mit den Möglichkeiten, die Not schon zur Zeit zu lindern. So wurde von einer Seite vorgeschlagen, die Stadt möge in der Höhe der bisher im Laufe der Jahre eingezahlten Bürger- und Einzugsgelder einen Kredit für Häuserbauten eröffnen und städtischen Grundbesitz zu Bauten zur Verfügung zu stellen. Schumacher meinte, daß die vielen leerstehenden Kurien im Domviertel und andere Paläste zu Wohnzwecken für die Arbeiter freigegeben werden sollten. Derselbe Redner empfahl, man solle in einer Massenvereinigung vor das Rathaus ziehen und dort dem Magistrat eine Bittschrift überreichen. Schließlich kam man überein, daß eine Kommission mit der Abfassung der an den Magistrat abzusendenden Resolution beauftragt werden sollte. In diese Kommission wurden Geiser, Reinders, Reisser, Dehme, Färber,*) Schumacher und Kräcker gewählt.

Diese Resolution wurde dann einer am 11. August unter Geisers Leitung im Wintergarten abgehaltenen zweiten Volksversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt. Sie hatte folgenden Wortlaut:

*) Kaufmann Salo Färber unterhielt zu Karl Marx Beziehungen. Durch ihn wurde der damals 16jährige Handlungsgehilfe Max Kasper mit den Lehren des Sozialismus bekannt gemacht.

„In Erwägung, daß die Wohnungsnot, welche nicht nur durch den Mangel an Wohnungen, sondern auch durch die steigenden Mietspreise immer bedeutender wird, dauernde Abhilfe im Privatwege wegen der Steigerung der Preise für Grund und Boden und der Sucht des Kapitals nach möglichst hoher Verzinsung nicht zu finden vermag, hat die Versammlung beschlossen, Magistrat und Stadtverordnete zu ersuchen, für Unterbringung Obdachloser in gesunden Wohnungen schleunigst Sorge zu tragen, Arbeiterwohnungen herzustellen und den Wohnung Benötigenden zu billigem Preise abzulassen, sowie Vereinen, welche nicht auf Spekulation bauen und sich unter Aufsicht des Magistrats stellen, städtischen Baugrund unter billigen Bedingungen abzulassen und ihnen das Bauen durch Kreditgewährung zu ermöglichen.

Zur Begründung dieser Petition wird darauf hingewiesen, daß das Obdach auf der Füllertinsel der Würde der Stadt nicht entspricht, daß aber Kasernen genug vorhanden sind, die vom Militär geräumt werden könnten, während letzteres in Bürgerquartier unterzubringen wäre.

Gehen die städtischen Behörden auf dieses Gesuch ein, dann werden nicht mehr Volksversammlungen abgehalten zu werden brauchen, denen gegenüber eine bedeutende Militärmacht konfiguriert wird.“

Reißer*) und D e h m e empfehlen diese Resolution unter großem Beifall zur Annahme. Die Referenten heben hervor, daß in den Versammlungen bürgerlicher Kreise es bisher vermieden worden sei, die wahren Ursachen der Wohnungsnot zu nennen. Es handle sich nicht um einen akuten Zustand, sondern um eine chronische Krankheit des Gesellschaftskörpers, die entstanden sei, weil die Produktion an Wohngebäuden im Gegenwartsstaat nicht nach dem Bedürfnis, sondern nach Spekulationsrücksichten erfolge, besonders seit dem französischen Kriege.

Mit Einstimmigkeit wurde beschlossen, die Adresse zur Unterschrift öffentlich aufzulegen und zirkulieren zu lassen und dann dem Magistrat zu übersenden. Mit 6000 Unterschriften versehen, konnte die Petition einige Tage später dem Bürgermeister B a r t s c h überreicht werden. Der Magistrat befaßte sich bald ernsthaft mit der Adresse und schlug den Stadtverordneten vor, folgende Antwort zu erteilen:

„Zunächst teilen wir nicht die Ansicht, daß der Mangel an ausreichenden kleineren und mittleren Wohnungen, wie er gegenwärtig unzweifelhaft besteht, als eine nicht bloß vorübergehende Kalamität, sondern als ein dauerndes gesellschaftliches Uebel betrachtet werden müsse, welches in der zunehmenden Verteuerung des städtischen Grundes und Bodens oder in dem unverhältnismäßigen Anschwellen der Einwohnerzahl infolge der Freizügigkeit seinen Ursprung habe. Wir glauben vielmehr, daß diese Wohnungsnot in nicht allzu ferner Zeit durch die Neubauten von selbst sich beheben wird. Aber auch abgesehen davon, würden wir uns nicht überzeugen können, daß es zu den Aufgaben der städtischen Kommunalverwaltung gehöre, jenem Wohnungsmangel durch greifbares Eingreifen Abhilfe zu verschaffen, Arbeiterwohnhäuser auf städtischen Äckern und auf städtischem Grund und Boden zu erbauen, zu verwalten

*) Max Reißer siedelte später nach Bremen über, wo er die Redaktion der „Freier Zeitung“ übernahm. 1878 wurde er verhaftet und bald darauf die Druderei auf Grund des Sozialistengesetzes geschlossen. Er schwenkte in das bürgerliche Lager ab und wurde Redakteur am „Samburger Fremdenblatt“.

und zu vermieten. Dazu ist die Stadtgemeinde unseres Trachtens rechtlich nicht verpflichtet und auch aus naheliegenden, teils finanziellen, teils praktischen Gründen völlig außerstande.

Mit Recht hat man angefangen, in den Firmen der genossenschaftlichen Vereinigung diejenige Hilfe zu suchen, welche die Gemeindeverwaltung vermöge ihrer ganzen Organisation nicht gewähren kann, und wir würden es geradezu für einen Fehler erachten müssen, durch irgend einen Schritt die Entwicklung der Bauvereine und Baugenossenschaften zu alterieren.

Es knüpft sich hieran von selbst die weitere Frage, ob die Kommune nicht diese gemeinnützigen Bauvereine durch Veräußerung städtischen Bauterrains zu mäßigen Preisen unterstützen dürfe und müsse? Allein es empfiehlt sich nicht, auf diese Frage, solange sie nur theoretisch gestellt ist, eine positive Antwort zu geben. In jedem Falle würden wir es für unsere Pflicht erachten müssen, hinreichende Garantien dafür zu verlangen, daß das etwa im öffentlichen Interesse zum Zwecke der Bebauung unter dem wahren Werte veräußerte städtische Terrain auch in der Tat einem gemeinnützigen Unternehmen zugute komme.

Was endlich die Frage der infolge der Wohnungsnot obdachlos gewordenen Personen betrifft, so müssen wir an der Auffassung festhalten, daß die einstweilige Unterbringung derselben nur im Wege der öffentlichen Armenpflege erfolgen kann. Die bisher von uns gemachten Erfahrungen haben es klargestellt, daß in vielen Fällen die Obdachlosigkeit nicht unverschuldet ist, und daß es viele gibt, die es bequemer finden, die öffentliche Hilfe anzurufen, als sich selbst durch eigene Energie nach Kräften zu helfen. Namentlich solchen Personen gegenüber halten wir es für unerlässlich, daß sie unter eine angemessene Disziplin gestellt werden."

Diese Antwort, von der die „Breslauer Morgenzeitung“ ganz entzückt war, wurde denn auch von den Stadtverordneten gegen ganz vereinzelt Widerpruch — der Stadtverordnete Hoffrichter, Kaufmann und freireligiöser Prediger, nannte sie „kühl bis ans Herz hinan“ — gebilligt und war dann in einer von den Eisenachern einberufenen Versammlung Gegenstand einer herben Kritik.

Für die Breslauer Parteiverhältnisse und die immer schroffer werdenden Beziehungen der Lassalleaner und der Eisenacher zu einander war es charakteristisch, daß am selben Tage und zur gleichen Stunde, wo die Eisenacher im „Weißen Hirsch“ über die so wichtige Frage der Behandlung der Wohnungsnot durch die städtischen Behörden debattierten, die Anhänger des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ebenfalls eine Parteiverammlung abhielten, und zwar in der „Sonne“, wo der Lassalleaner Grottkau aus Berlin über die soziale Frage und ihre Lösung referierte.

Das Verhältnis der beiden Richtungen, von denen die Lassalleaner unter Reinders Führung eine außerordentlich intensive, aber auch ebenso strupellose Agitation entfalteten, wurde um so unleidlicher, je mehr der Gegensatz zwischen den beiden Fraktionen auch in die Gewerkschaftsbewegung eindrang. Die ersten, die mit Entschiedenheit auf den Boden der HasenclEVERschen

Gewerkschaftsbewegung überschwenkten, waren die Tischler. Ahr, der vor wenigen Jahren noch mit Entschiedenheit auf den Anschluß an die Eisenacher hingearbeitet hatte, wurde jetzt ein ebenso eifriger Cassalleaner. Unter seiner Führung schloß sich die Widerstandskasse der Tischler im Anschluß an einen am 8. und 9. September in Breslau abgehaltenen schlesischen Tischlertag, auf dem sich 1200 Berufsangehörige vertreten ließen, dem Allgemeinen Deutschen Tischlerverein an, während die Stellmacher die Schwengung zunächst noch ablehnten. Auch bei den Schuhmachern wurde der Versuch gemacht, den Anschluß an den Hasencleverischen Verein herbeizuführen. Es kam zwar im Vorstand der Widerstandskasse zu Konflikten, doch der Anschluß wurde abgelehnt. Ebenso blieb der Maschinenbauer- und Metallarbeiterverein unter der Leitung von Jungnick mit 250 Mitgliedern auf Seiten der Eisenacher gemacht worden war, im November ins Lager dort unter denen noch im Juli erfolgreiche Propaganda für die Eisenacher gemacht worden war, im November ins Lager der Freunde Reinders übertraten. Die im September zu einer Widerstandskasse zusammengetretenen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen, etwa 200, verhielten sich zunächst neutral. Der Zustand wurde immer unheimlicher, in Breslau wie im ganzen Reiche überhaupt. Die Erkenntnis, daß die gegenseitige Bekämpfung jeden Fortschritt im Interesse der Allgemeinheit unmöglich machte, veranlaßte die Eisenacher, auf ihrem Mainzer Kongress eine Einigung anzuregen; diese scheiterte aber an dem Widerspruche Hasenclevers.

So steigerten sich die Gegensätze bald bis zur völligen Unleidlichkeit. Reinders Anhänger besuchten alle Veranstaltungen ihrer Gegner und versuchten stets mit größter Rücksichtslosigkeit, die Leitung an sich zu bekommen. Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine schlossen daraufhin alle Sozialdemokraten als Störenfriede aus ihren Versammlungen aus. Die Eisenacher protestierten zwar in einer Zuschrift an die Gewerksvereinsleitung dagegen, daß sie jemals in deren Versammlungen Skandal gemacht hätten, sie blieben aber von da an den vom Ortsverbande der Gewerksvereine einberufenen sogenannten öffentlichen Parteiversammlungen fern. Anders Reinders: Er ließ sich durch das Verbot, Hirsch-Dundersche Versammlungen zu besuchen, nicht im geringsten stören; nicht nur, daß er selbst hinging, um doch nur — sogar mit Hilfe der Polizei — hinausgewiesen zu werden, er forderte noch dazu seine Anhänger, zum Beispiel bei Gelegenheit einer im Januar 1873 abgehaltenen Gewerksvereinsversammlung mit Franz Dunder als Referenten, öffentlich zum Besuche dieser Versammlung auf, ja, er meldete — vielleicht im Glauben, eine polizeiliche Hinausweisung dadurch zu vereiteln oder im Falle der Auflösung doch weiter tagen zu können — ohne Wissen des betreffenden Gastwirts nach dem gleichen Lokale und zu derselben Stunde seinerseits eine Versammlung bei der Polizei an.

Auch die von den Eisenachern einberufenen Versammlungen litten unter den Bestrebungen der Lassalleaner, die Leitung um jeden Preis in die Hand zu bekommen. Das veranlaßte schließlich gegen Ende Januar 1873 die Eisenacher, in einem Flugblatt sich scharf gegen das Vorgehen ihrer feindlichen Brüder zu wenden. In dem von Karl Jungnickl, Maschinenbauer, A. Riedel, Schuhmacher, W. Flehnert, Tischler, W. Zapke, Schlosser, Liebig, Schlosser, und A. Langer unterzeichneten Flugblatte



Claus Peter Reinders.

heißt es unter anderem: „Jahrelang bestand hier in Breslau als Vertreter der Arbeiterfrage einzig und allein die sozialdemokratische Arbeiterpartei. Einig und ungespalten standen hinter ihr als Anhänger oder Mitglieder die Proletarier Breslaus, deren Interesse von ihr allein auf das sorgsamste vertreten wurde. Jahrelang blieb Breslau das traurige Schicksal erspart, der Schauplatz roher Zerschlagung der Arbeiter untereinander zu sein. Da erschien eine winzige Anzahl Menschen, denen diese segensbringende Eintracht ein Dorn im Auge war, die sich ärgerten über den Auf-

schwung unserer Partei. Sie gründeten eine zweite Arbeiterpartei, den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, und wir ließen es ruhig geschehen, um so nach Möglichkeit Frieden und Einigkeit zu erhalten. Sie verleumdeten und schimpften auf uns, und wir waren ruhig, um nicht die Arbeitersache zu schädigen. Ungeört ließen wir ihnen in ihren öffentlichen Mitgliederversammlungen das Recht, das Büro aus ihren Mitgliedern zu wählen, ja, wir boten ihnen die Hand zu verständlichem, einträchtigem Zusammengehen. Und wirklich ergriffen sie die dargebotene Rechte, sie erklärten selbst, mit wenigen Ausnahmen, mit uns in Frieden und Eintracht leben zu wollen.

Aber da kommen sie am 7. d. Mts. in eine öffentliche Mitgliederversammlung unserer, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, lärmten und toben auf die empörendste Weise, wollen uns durch wildes Geschrei das Recht rauben, das wir ihnen in ihren öffentlichen Mitgliederversammlungen immer gewährt: das Büro nur von unseren Parteimitgliedern wählen zu lassen, und zwingen uns durch ihren Tumult, die Versammlung zu schließen. Dazu können wir nicht schweigen, gegen solche Niedertracht müssen wir uns wehren, das erfordert die Ehre und die Würde des gesamten Arbeiterstandes. Sehet zu, Arbeiter, was es für Personen sind, die solche Nichtswürdigkeiten hervorrufen.“ Nun folgen die schärfsten persönlichen Angriffe gegen die Breslauer Führer der Cassalleaner, besonders aber gegen den Tischler A h r, und daran schließt sich die Frage, ob solche Spitzbuben und Denunzianten ferner an der Spitze stehen sollen. Das Flugblatt schließt mit dem Appell: „Darum, Arbeiter Breslaus, erhebt euch gegen eure ärgsten Feinde, die Stänker und Störenfriede; erscheint in Massen in allen öffentlichen Versammlungen und stehet ein für den Sieg, die Ehre und das Ansehen eurer eigenen Sache. Nieder mit allen Schurken und Störenfriedern! Hoch die Sache des Proletariats! Hoch die einige unteilbare Arbeiterpartei!“

Es war klar, daß die Cassalleaner auf diese Anschuldigungen die Antwort nicht schuldig bleiben wollten. Am 27. Januar veranstalteten sie zu dem Zwecke im „Veloziped“ auf der Behnnergasse eine Versammlung, zu der die „Ehrlichen“ ausdrücklich eingeladen waren. Indessen hatten diese beschlossen, sich an den Verhandlungen nicht zu beteiligen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab ihr Vertrauensmann D e h m e die Erklärung ab, daß sie es ablehnten, sich an der Diskussion zu beteiligen, da A h r wegen der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen sich bereits an den Staatsanwalt gewendet habe. Es erhob sich bei dieser Erklärung ein großer Tumult, der noch stärker wurde, als D e h m e und seiner Aufforderung gemäß 30 seiner Parteigänger das Lokal verließen. Man drang auf die Abziehenden ein, es entstand ein Handgemenge, bei dem besonders Dehme blutig geschlagen wurde. Als wieder Ruhe eingetreten war, kamen R e i n d e r s, der zu den Cassalleanern über-

geschwenkte Schumacher und der noch im jugendlichen Alter von 17 Jahren stehende Bankelene Maximilian Schlesinger zum Worte, die heftige Angriffe gegen die Eisenacher unternahmen und eine Vertrauensstundgebung für Uhr zur Annahme brachten.

Die persönliche Note, die der Kampf der beiden Parteien durch den Streit um die Person Uhrs erhielt, machte die Gegenätze nur noch größer und klaffender. Ein Antrag Geisers, eine Kommission zur Schlichtung der Streitigkeiten einzusetzen, scheiterte an dem entschiedenen Widerstande der Führer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Die Fänkereien nahmen einen nachgerade widerwärtigen Charakter an, und es verging keine Versammlung, mochte sie von der einen oder von der anderen Seite einberufen sein, bei der es nicht schon um der Bürowahl willen zu Tumultszügen gekommen wäre, die oft genug der Polizei die erwünschte Gelegenheit gaben, den Versammlungen durch Auflösung ein vorzeitiges Ende zu bereiten. Eine wirklich fruchtbringende Tätigkeit war unter solchen Umständen natürlich so gut wie ausgeschlossen.

In diese Zeit der unerquidlichen Spannung zwischen den Führern der Breslauer Arbeiterschaft fielen wieder eine Reihe von wirtschaftlichen Kämpfen, von denen aber nur der große Streik der Schriftsetzer allgemeine Bedeutung erlangt hat. Als Antwort auf eine Lohnbewegung der Leipziger Buchdruckergehilfen hatte die Prinzipalsorganisation die Besitzer in ganz Deutschland aufgefordert, am 8. März allen dem Gehilfenverbände angehörenden Angestellten zu kündigen. Dieser Aufforderung hatten die Breslauer Buchdruckereibesitzer Folge zu leisten beschlossen. Die Folge davon war, daß in der Offizin von Leopold Freund sämtliche Setzer sofort in den Streik traten. Als daraufhin die übrigen Prinzipale ihre älteren Lehrlinge der Freund'schen Druckerei als Streikbrecher zur Verfügung stellten, traten die Verbandsgehilfen in allen übrigen Offizinen ebenfalls in den Streik. Die Tageszeitungen konnten infolgedessen vom 9. März an nicht mehr in der bisherigen Weise erscheinen, und die Verleger mußten sich damit helfen, eine sogenannte „Normalzeitung“ herauszugeben, die bei völlig gleichem Texte den Abonnenten nur den Kopf ihres jedesmaligem Leitblattes bot. Vom 9. März bis zum 4. April erschien diese in der Korn'schen Offizin gedruckte Normalzeitung mit ihrem völlig farblosen indifferenten Inhalt. Erst am 3. April kam eine Vereinbarung zwischen den beiden Parteien zustande, die den Forderungen der Gehilfen gerecht wurde.

Es war klar, daß einem so aufsehenerregenden und in seinen Konsequenzen für die gesamte Arbeiterbewegung außerordentlich wichtigen Ereignisse wie dem Setzerstreik gegenüber die Sozialdemokratie beider Fraktionen nicht abseits stehen bleiben konnte. Aber ihre Rivalität kam auch hierbei zum Vorschein. Um die Öffentlichkeit mit den Ursachen des Streiks bekannt zu machen,

berief das Komitee der Buchdrucker für den 17. März in den „Schießwerderjaal“ eine allgemeine Volksversammlung ein, an der weit über 1000 Menschen teilnahmen. In seinem Referat bezeichnete der vom Streikkomitee bestellte Referent Schreiber als die Hauptursache des Kampfes die Weigerung der Prinzipale, den Verband der Gehilfen anzuerkennen. An der Diskussion beteiligten sich von den Lassalleanern einige Redner, die folgende Resolution beantragten:

„Die Versammlung erklärt das Vorgehen der Buchdruckereibesitzer gegen die Gehilfen im höchsten Grade für ungerecht und verwerflich, weil dadurch das Menschenrecht in größtlicher Weise verletzt wird, und spricht sich dahin aus, die Gehilfen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen, um die Uebergriffe der Prinzipale energisch zurückzuweisen.“

Gegenüber dieser rein moralisierenden Auffassung vertrat Geiser, der neben Kräcker für die Eisenacher sprach, einen mehr historischen und praktischen Standpunkt. Er erklärte dann, die levée en masse, die Erhebung aller Arbeiter für den im Kampfe befindlichen Verband als das entscheidende Mittel und schlug vor, der Resolution den nachstehenden Wortlaut zu geben:

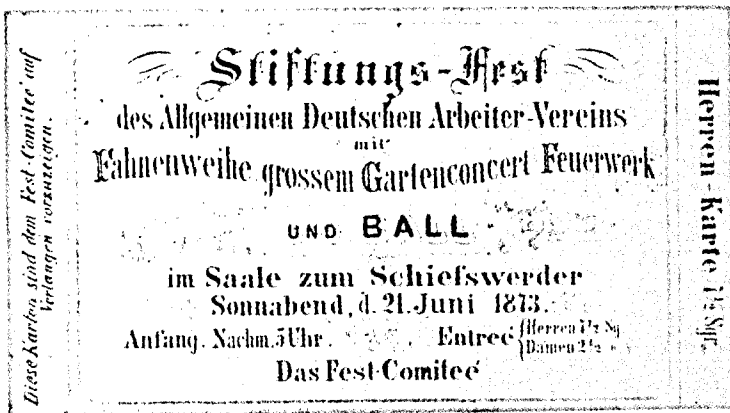
„Die von den deutschen Buchdruckergehilfen vertretene Sache ist die gemeinsame Sache aller Arbeiterkreise. Darum müssen sich alle Arbeiterkreise Breslaus verpflichtet fühlen, mit größter Entschiedenheit und mit allen Opfern für die außer Arbeit befindlichen Buchdrucker einzutreten. Die Versammlung beauftragt daher das Buchdruckerkomitee, sich durch Mitglieder der Gewerkschaften zu verstärken und in allen Arbeitsstätten Breslaus eine tatkräftige Unterstützung zu organisieren . . .“

Um durch den Streit der feindlichen Parteien nicht auch die Bewegung der Buchdrucker unheilvoll zu beeinflussen, entschied sich schließlich die Versammlung für die Annahme beider Resolutionen, nachdem Geiser selbst darauf hingewiesen hatte, daß sie sich durchaus nicht widersprächen.

Der ganze Sommer des Jahres 1873 war von den heftigsten Fehden zwischen den Lassalleanern und den Eisenachern erfüllt, an denen ziemlich große Kreise der Arbeiterschaft Anteil nahmen, obgleich die Eisenacher in Breslau zu dieser Zeit gar keine Organisation besaßen und auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein so wenig Mitglieder zählte, daß selbst bei der im Juli vorgenommenen Neuwahl des Präsidenten hier nur 81 Stimmen abgegeben wurden, die auf Hasenclever fielen. Kurze Zeit nach seiner Wiederwahl war dieser selbst in Breslau anwesend. Für den 12. August war nach den „Zentral-Balläden“ eine Volksversammlung angesetzt, in der er über die soziale Frage und ihre Lösung sprechen sollte. 1000 Personen waren anwesend. Wie gewöhnlich kam es auch diesmal zunächst zu hitzigen Szenen wegen der Zusammensetzung des Büros. Als endlich Hasenclever mit seinem Vortrage beginnen soll, beantragt Dehme von den Eisenachern, ihm das Wort zur Geschäftsordnung zu erteilen. Wiederum entsteht ein heftiger Tumult, bis Dehme sich schließlich

in der Tat Gehör verschafft und nun den Antrag stellt, daß Hasenclever als einem geheimen Regierungsagenten und ehemaligen Genossen Schweizers nicht gestattet werden solle, vor der Breslauer Bevölkerung zu sprechen. Der Lärm erreicht seinen Höhepunkt. Die einen schreien unaufhörlich: Raus, raus!, die anderen rufen: Bravo, Bravo! Während Reinders ein Hoch auf Hasenclever und den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ausbringt, stürmt ein Teil seiner Anhänger auf Dehme ein, der buchstäblich aus dem Saale geohrfeigt wird. Schließlich löst der überwachende Beamte die Versammlung auf.

Diese Versammlung hatte dann noch eine heftige Preßfehde im „Neuen Sozialdemokrat“ und im „Volksstaat“ zum Nachspiel. Im



Eintrittskarte zur Fahnenweihe.

ersteren hatte Maximilian Schlesinger, der spätere Redakteur der ersten Breslauer sozialdemokratischen Zeitung, der „Wahrheit“, den Eisenachern vorgeworfen, daß sie sich mit den Gewerkvereinslern zur Sprengung der Versammlung verbündet hätten. Außerdem berichtete eine andere Korrespondenz, daß am Morgen des Versammlungstages in der Deterschen Zigarrenfabrik Zirkulare verteilt worden seien, durch welche Dehme aufforderte, in der Versammlung gegen Reinders und für ihn als Vorsitzenden zu stimmen; sollte aber der Vorsitz doch an Reinders fallen, dann möge man solange Spektakel machen, bis die Versammlung geschlossen oder polizeilich aufgelöst werde. Auf diese Beschuldigungen hin gab dann Dehme im „Volksstaat“ die Erklärung ab, daß er das Zirkular weder geschrieben noch überhaupt von ihm Kenntnis habe. Entweder handle es sich um eine blanke Erfindung des „Neuen

Sozialdemokrat“ oder aber um eine infame Fälschung, bei der mit seinem Namen Mißbrauch getrieben worden sei. Auf das „alberne Geschreibsel“ Maximilian Schlefingers zu antworten, sei unter seiner Würde. „Solchen dummen Jungen ist nur mit einer „schlagenden Widerlegung“ beizukommen; das ist jedenfalls das einzige und beste Mittel, diesen die krankhafte Sucht, in der Arbeiterbewegung eine Rolle zu spielen, auszutreiben.“ — Uebrigens legte auch der Ortsverband der Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine gegen die Unterstellung, mit den Eisenachern zur Sprengung der Hajencleerverversammlung sich vereinigt zu haben, entschiedene Verwahrung ein.

Am 21. Juni wurde im „Schießwerder“ das Stiftungsfest des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins abgehalten, verbunden mit einer F a h n e w e i h e. Es war unsere schöne rote Parteifahne, die noch heute im Besitze des Sozialdemokratischen Vereins Breslau ist, die dem Verein übergeben wurde. Der Entwurf stammte vom Genossen P a u l F r i e d r i c h. Die Fahne zeigt auf der Vorderseite einen Eichenkranz mit Schleife, in der folgende Inschrift steht: „23. Mai 1863. Ferdinand Lassalle.“ Außerdem zwei verschlungene Hände. Darüber steht: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ und darunter: „Einigkeit macht stark!“ Auf der Rückseite steht: „Die sozialdemokratischen Arbeiter zu Breslau 1873.“

Zur Einweihung der roten Fahne hatte der Festredner M a x i m i l i a n S c h l e f i n g e r nachstehendes Lied gedichtet:

Melodie: „Es braut ein Ruf wie Donnerhall.“

Es tönt durch alle deutschen Gauen
Des Volkes Ruf voll Selbstvertrauen.
O Sohn der Arbeit, werde frei,
Stürz' die moderne Sklaverei!
Ermanne dich zur kühnen Tat,
Treu deines großen Meisters Rat.

Und wo die Wieg' Lassalles stand,
Wo sein Gebein die Ruhe fand;
Wird, wie sich auch die Gegner blähen,
Die schönste Ernte einst erstehn.
In guten Boden fiel die Saat,
Die einst Lassall' gesät dort hat.

Und du, o rotes Banner dort,
Sei stets der tapferen Kämpfer Hori.
Kein schöneres Symbol es gibt
Für Freiheit, Gleichheit, Brüderlieb.
Leucht' uns voran, du schönes Rot,
Wir sind dir treu bis in den Tod.

Die Rivalität auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete — auch auf dem letzteren ging man mit Versammlungsprengungen und mit gegenseitigen Denunziationen vor — erstreckte sich sogar auf von den Arbeitern gefeierte Feste. Am 31. August, einem

Sonntage, begingen die Anhänger des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins das übliche Lassalle-Erinnerungsfest allein. Früh um 7 Uhr versammelten sie sich in ihrem ständigen Lokale von Scholz auf der Wehnergasse und zogen dann in Trupps von zwei bis drei Mann hinaus auf den Friedhof an der Lohestraße, wo sie am Grabe des Gefeierten einen großen Eichenkranz niederlegten, der auf einem Bogen Papier die Widmung trug: „Zum IX. Todestage unseres großen Meisters Ferdinand Lassalle, gewidmet vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein.“ Polizei war nicht zu sehen, im Gegensatz zum 11. April, einem Karfreitag, an dem die Polizei eine angeblich aus Anlaß des Geburtstages Lassalles beabsichtigte große Demonstration am Grabe hatte verhindern wollen.

Die Eisenacher hielten sich von der Lassalle-Feier völlig fern, dafür aber veranstalteten sie für ihre Parteigänger gemäß einer Anregung der Parteileitung am 2. September ein „Verbrüderungsfest“ als Protest gegen die Sedanfeier. Gewisse Stellen glaubten in diesem Feste den Anfang der sozialdemokratischen Revolution erblicken zu sollen, und so wurde den ganzen Sedantag über eine starke Abteilung Militär bereitgehalten, die selbstverständlich nicht einzuschreiten brauchte.

Einen komischen Eindruck macht es, daß die Lassalleaner, als die Eisenacher am 11. Oktober ein großes Arbeiterfest mit Dr. Otto Walster aus Dresden als Redner und unter Mitwirkung der „Breslauer Sängerrunde“ veranstalteten, sofort für den 18. Oktober ein ebensolches Fest arrangierten, und daß nun durch Annoncen in der „Breslauer Morgenzeitung“ jede Partei ihre Veranstaltung als das allein richtige Arbeiterfest bezeichnete.

Wir hatten schon vorhin angedeutet, daß die Organisationsverhältnisse beider Richtungen in Breslau um jene Zeit sehr im Argen lagen, was ja bei den gegenseitigen Reibereien kein Wunder nimmt. Der Abonnentenstand der beiden Parteiblätter im Oktober 1873 war in Breslau: „Volksstaat“ 129 und „Neuer Sozialdemokrat“ 172. Im übrigen Schlesien zählte der „Volksstaat“ in Langenbielau 40, Waldenburg 3, Görlitz 2 und an vier anderen Orten je 4 Abonnenten, während das Organ der Lassalleaner in Görlitz 47mal, in Wüste-Giersdorf 25, Reichenbach 18, Langenbielau 11, Schweidnitz 6, Hirschberg 5mal und an 14 Orten in weniger als 5 Exemplaren vertreten war.

Welche Zerrüttung in der Bewegung der maßlose Haß, mit dem sich die feindlichen Brüder verfolgten, zeitigte, das geht aus einer Breslauer Korrespondenz im „Volksstaat“ hervor, die sich mit einer am 11. November abgehaltenen Versammlung der Eisenacher befaßt. In einem abgelegenen, unbekanntem Lokale wurde diese Versammlung abgehalten, trotzdem kamen die Lassalleaner hin. Als sie versuchten, die Leitung in ihre Hände zu bekommen, schloß

Die h m e die Versammlung. Die Lassalleaner besetzten darauf die Treppen und Ausgänge, und das Ende war eine blutige Schlägerei. Im Anschluß an dieses unwürdige Vorkommnis heißt es im „Volksstaat“:

„Eine Ausöhnung der Fraktionen ist hier am Orte nun absolut unmöglich. Es wird vielmehr abzuwarten sein, bis der Knüppel sich hier selbst unmöglich gemacht hat, und dann muß unsererseits die gewerkschaftliche Organisation wieder in Breslau ins Leben gerufen werden. Es ist dies zwar fürchterlich schwierig, weil Breslau keine Fabrik-, sondern nur eine Kleinmeister-, Philister- und Krämerstadt von 200 000 Einwohnern ist; indes ohne Gewerkschaften ist kein Fortkommen in der Sache.“

Diese Zustände waren um so bedauerlicher, als die Reichstagswahlen vor der Tür standen. Was durch die Zänkereien der Bewegung an innerer Kraft genommen wurde, das versuchten zwar die Lassalleaner durch eine doppelt intensive Agitation unter den indifferenten Massen zu ersetzen. In der Provinz und in Breslau veranstaltete Reinders, vielfach zusammen mit Maximilian Schlesinger, Versammlungen über Versammlungen. Um nichts unversucht zu lassen, gründete er eine Agitationschule, aber er selbst muß im „Neuen Sozialdemokrat“ eingestehen, daß die zur Verfügung stehenden Kräfte nicht im entferntesten ausreichten.

Um die Vorgänge des Wahlkampfes und die Haltung der verschiedenen Richtungen der Breslauer Arbeiterschaft in demselben zu verstehen, müssen wir bis ins Frühjahr 1873 zurückgehen. Am 19. April hatte in Breslau eine Versammlung von Vertretern der Fortschrittspartei, der Nationalliberalen, Freikonservativen, Altliberalen und Nationalkonservativen ganz Schlesiens stattgefunden, die den Beschluß gefaßt hatte, bei den bevorstehenden Landtags- und Reichstagswahlen in Schlesien gemeinsam „gegen ultramontane und ähnliche Kandidaturen“ Front zu machen und eine „öffentliche Kundgebung der Solidarität“ zu erlassen. In dieser Kundgebung hieß es:

„Die Unterzeichneten sind heute zusammengetreten, um die Wähler der Provinz Schlesien bei den bevorstehenden Landtags- und Reichstagswahlen auf die der Selbstbestimmung des preussischen Staates und der Entwicklung des Deutschen Reiches von seiten der reichsfeindlichen Parteien drohenden Gefahren aufmerksam zu machen und aufzufordern, sich ohne Rücksicht auf Parteiverschiedenheiten zur Wahl von Männern zu vereinigen, welche die Bürgerschaft gewähren, die Staats- und Reichsregierung in ihrer Politik gegen feindliche Uebergriffe und Ansprüche zu unterstützen.“

Es handelt sich nicht um Parteiinteressen, es handelt sich um die Interessen des Staates und Vaterlandes.

Halten wir zusammen in der Abwehr der gemeinsamen Feinde!“

Als Unterzeichner dieses Aufrufes hatten sich unter anderem zusammengefunden die Fortschrittsmänner und ehemaligen Acht- undvierziger Dr. A s ch, Dr. S t e i n, Dr. E l s n e r, L a ß w i t z mit Leuten wie v o n K a r d o r f f, Fürst C a r o l a t h - B e u t h e n, Graf B e t h u s s - S u c, Freiherr v o n D a l w i g k. Dieser Vor-

käufer des Blocks von 1907 — der sich allerdings weniger gegen die Sozialdemokraten, als vielmehr vor allem gegen die katholischen Ultramontanen richtete — stieß bei einem Teile der Breslauer Fortschrittler auf den entschiedensten Widerpruch, besonders unter den bisher noch außerordentlich zahlreichen Anhängern dieser Partei unter der Arbeiterschaft, die von einem Zusammengehen mit den Nationalliberalen wegen ihrer feindlichen Haltung gegen das Koalitionsrecht unter keinen Umständen etwas wissen wollten. Als es daher an die Vorbereitung für die Reichstagswahlen ging, bildete sich im November aus den Kreisen der Hirsch-Dunderschen Gewerkvereiner ein Arbeiterwahlkomitee, das sich zu der Fortschrittspartei in bewußten Gegensatz stellte und „arbeiterfreundliche Kandidaturen auf fortschrittlich-demokratischer Grundlage“ zu propagieren beschloß, nicht nur in Breslau, sondern in ganz Schlesiens. Diesem Komitee gehörte unter anderen der Kaufmann Louis Cohn an, der schon im April aus Protest gegen das Kompromiß auf sein Vorstandsamt im Fortschrittsverein verzichtet hatte.

Selbstverständlich konstituierten auch die Lassalleaner und die Eisenacher ihre besonderen Wahlkomitees, so daß also Breslau nicht weniger als allein drei Arbeiter-Wahlkomitees zu verzeichnen hatte. Zunächst machte man Versuche zu einem gemeinschaftlichen Zusammengehen. Es fand auch tatsächlich zu diesem Zwecke eine Sitzung statt, indessen erklärten die Lassalleaner, daß sie entsprechend den Anweisungen ihrer Leitung eigene Kandidaturen aufstellen müßten. So beschloßen sie denn in einer besonderen, am 23. November im „Wintergarten“ abgehaltenen Sitzung, den Maschinenbauer Albert Bätke*) aus Berlin als ihren Kandidaten für beide Breslauer Wahlkreise aufzustellen. In einem noch in den ersten Tagen des Dezember verbreiteten Flugblatte, aus dessen Fassung nicht zu erkennen war, von welchem der drei Arbeiter-Wahlkomitees es ausging, wurde die Wahl Bätkes der Arbeiterschaft alsbald dringend empfohlen.

Zwischen den beiden anderen Arbeiterfraktionen, also den Eisenachern und den fortschrittlich-demokratischen Arbeitern, aber kam tatsächlich ein Kompromiß zustande derart, daß die Eisenacher den gemeinsamen Kandidaten für Breslau-West in der Person Johann Jacobs, die Hirsch-Dunderschen den für Breslau-Ost in der Person des Restaurateurs und Maschinenbauers Andreaf-Berlin stellten. In einer vom Hirsch-Dunderschen Komitee am 30. Dezember bei Liebig abgehaltenen und von 1000 Personen besuchten öffentlichen Versammlung wurde dieses Abkommen der Öffentlichkeit unterbreitet. Auch diese Versamm-

*) Albert Bätke wurde während des Ausnahmegesetzes aus Berlin ausgewiesen. Er übersiedelte nach England; von dort wurde er während des Weltkrieges ausgewiesen und kam nach Berlin zurück. Hier arbeitete er in einer Maschinenfabrik. Bätke starb kurz nach dem Weltkriege.

lung bekamen die Lassalleaner in ihre Hand. In das Büro wurde an Stelle des vorgeesehenen D e h m e sein Widersacher R e i n d e r s gewählt und außerdem durchgeseht, daß als dritter Referent nicht Kräcker, sondern B ä t h k e, der Kandidat des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, anerkannt wurde. Zunächst referierte L o u i s C o h n, der ausführte, daß bis jetzt ein überwiegender Teil der Breslauer Arbeiter für den Fortschrittler von Kirchmann gestimmt habe; da dieser aber für die Bestrafung des Kontraktbruchs eingetreten sei, so gehe das in Zukunft nicht mehr. Er empfehle daher das Kompromiß mit den Eisenachern. „Wählen Sie Jacoby und Andrea. Mit der Wahl des ersteren rufen Sie dem Reichstage zu: Es lebe die Freiheit! und mit der Wahl des anderen: Es lebe die Arbeit!“ Darauf erklärte A n d r e a k, daß er sich auf das von den Eisenachern verlangte Wahlprogramm verpflichte, das für alle Wahlen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und die Gewährung von Diäten für die Abgeordneten, ferner die Errichtung einer Volkswehr, die Unentgeltlichkeit des Unterrichts, den Kampf gegen alle indirekten Steuern, gegen die Zuchthausarbeit und Militärwerkstätten, sowie gegen die Kontraktbruchbestrafung forderte. Nachdem dann noch B ä t h k e als Kandidat der Lassalleaner deren Wahlprogramm als auf völlige Umformung der Gesellschaft und der Produktionsweise hinzielend klargelegt hatte und K r ä c k e r für die Wahl Jacobys eingetreten war, wurde unter dem lebhaftesten Proteste der Lassalleaner die Zustimmung zu dem Wahlkompromiß beschlossen.

Selbstverständlich waren die Breslauer Fortschrittsleute über die hier sich bekundende Emanzipation der Arbeiter von der bisherigen Parteibevormundung recht wenig entzückt, und die „Breslauer Morgenzeitung“ gab ihrem Groll gegen die unbotmäßigen Gewerkvereiner in der ersten Nummer des neuen Jahres mit folgenden Worten Ausdruck:

„Es wirkt dieser Vorgang (das Kompromiß nämlich) ein eigentümliches Schlaglicht auf die seitens der Führer der Gewerksvereine immer aufgestellte Behauptung, daß die Gewerksvereine (Hirsch-Dundersche) gerade berufen seien, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Entweder waren derartige Phrasen erfunden, um die Breslauer Bevölkerung über die Ziele der Gewerksvereine zu täuschen und dadurch möglichst viel Anhänger und Mitglieder zu gewinnen, oder aber die Führer haben nicht die Macht gehabt, den in den Gewerksvereinen lagernden sozialdemokratischen Zündstoff zu unterdrücken.“

Bereits am 10. Januar 1874 fanden die Wahlen statt. Im Westkreise erhielt J a c o b y 1043 Stimmen der vereinigten Eisenacher und Gewerkvereiner, auf den Lassalleaner B ä t h k e aber fielen 771 Stimmen. Gewählt wurde der Fortschrittler Ziegler mit 6062 Stimmen, während 1182 Stimmen der Ultramontane Reichensperger auf sich vereinigte. Im Ostkreise war die Zahl der dem Lassalleaner zugefallenen Stimmen größer als die des Kompromißkandidaten. Es erhielt hier B ä t h k e 1148, der Gewerk-

vereinler *Andreas* aber nur 646 Stimmen; der Ultramontane hatte 1720 Wähler, Abgeordneter aber wurde der Fortschrittsparteilser von *Kirchmann* mit 6001 Stimmen.

Den Gewerkvereinslern blieb ihr Abschwenken von der Fortschrittspartei lange unvergessen. Noch im Mai weiß der „Volksstaat“ zu melden, daß *Dr. Hirsch* den Breslauer Gewerkvereinslern immer noch zürne. Erst Ende April sei ein Abgesandter von ihm in Breslau gewesen, um das unstatthafte Einvernehmen mit den Eisenachern zu rügen und zu beendigen. Die Mission sei aber vergeblich gewesen, der Beauftragte des *Dr. Hirsch* habe zur Antwort erhalten: die Breslauer Gewerkvereinsler sind bis jetzt ihrer Gewerkvereinspflicht nachgekommen und werden das auch in Zukunft tun; politisch aber ließen sie sich nicht bevormunden; *Dr. Hirsch* solle sich nicht erlauben, ihnen noch einmal Vorschriften zu machen.

Noch eine weitere Folge hatte das Kompromiß zwischen Eisenachern und *Hirsch-Dunderschen*: die Gründung einer *Arbeiterzeitung* für Breslau. Schon im Jahre 1848 hatte *Nees* von *Eisenbeck* angeregt, eine solche ins Leben zu rufen; den „Volkstribun“ wollte er sie genannt wissen. An ihrer Stelle erschien dann einige Zeit die „Schlesische Volkszeitung“, die mit ihrer heutigen Namenskollegin nichts zu tun hat und sozialistische Tendenzen vertrat. Die preussische Reaktionszeit bereitete ihr ein baldiges Ende. Als dann Anfang der 70er Jahre die Arbeiterbewegung in Breslau erstarkte und bei der Lokalpresse nur nicht Unterstützung fand, sondern besonders bei den freisinnigen Blättern auf einen gehässigen Widerstand stieß, da dachte man öfters wieder an die Gründung einer ausschließlich den Interessen der Arbeiterschaft dienenden Zeitung. So wurde bei der aus Anlaß des Buchdruckerstreiks im März 1873 abgehaltenen großen Schießwerderversammlung dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß ein damals erscheinendes Anzeigenblatt zur Arbeiterzeitung ausgestaltet werden möchte. Aber erst jetzt sollte dieser Wunsch — in anderer Form — in Erfüllung gehen. Freilich handelte es sich nicht um eine sozialdemokratische Zeitung. Die Zerwürfnisse mit dem Fortschrittsverein und die Angriffe der „Breslauer Morgenzeitung“ und der „Breslauer Zeitung“ auf die Gewerkvereinsler aus Anlaß der letzten Reichstagswahl ließen in dem Kaufmann *Louis Cohn* den Plan reifen, „ein neues Blatt für das arbeitende Volk ohne Unterschied der Klasse und für die Ausbildung wahrhaft freiheitlicher Institutionen im Staats- und Volksleben“ herauszugeben. Das „Neue Breslauer Morgenzeitung“ benannte Organ erschien vom 30. August 1874 an täglich und kostete 2½ Silbergroschen im Wochenabonnement. Die Breslauer Eisenacher gaben im „Volksstaat“ ausdrückliche Erklärung ab, daß sie die neue Zeitung als Partei zwar nicht unterstützen könnten, da ihre Grundsätze voraussichtlich nicht die sozialdemokratischen sein würden; andererseits aber sei die Unterstützung des Blattes jedem Breslauer Arbeiter

dringend ans Herz zu legen, da die Personen und die Versicherung der Verleger dafür bürgen, daß die Haltung der neuen Zeitung im Gegensatz zu den alten Breslauer Blättern nicht der Arbeiterbewegung feindlich sein werde. Welchen Grad die Gehässigkeit der beiden freisinnigen Breslauer Zeitungen inzwischen erreicht hatte, das zeigt eine Auslassung der „Breslauer Morgenzeitung“ über die Arbeiterführer, in der es heißt:

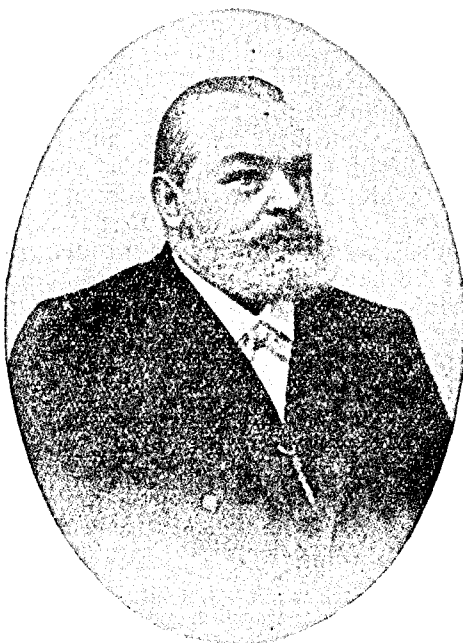
„. . . das was darum herum (nämlich um den Arbeiterstand) hammelt und haumelt, das sind die unfteten Landfahrer und Reisegenies, die früheren Stromer, die mit einigen Duzend Phrasen Schacher treiben und den Hammer, Hobel oder Feile fürchten wie der Satan das Weihwasser. . . . Jeder Arbeiter, der vom sozialdemokratischen Fieber geneßt, ist in ihren Augen ein Verräter, denn er geht ihnen mit dem Steuergroßten durch, der allwöchentlich auf dem Teller klappern muß, damit die Herren Agitatoren die Mittel haben, um ihre permanenten Orgien in den Kneipen und in Wirtshäusern zu bestreiten.“

Auch die Lassalleaner, die in allen ihren Versammlungen mit besonderer Schärfe gegen die liberale Presse kämpften, unterstützten durch ihre Empfehlungen das neue Unternehmen.

Die Aera Tessendorff.

Die Zeit kleinlichster Verfolgungen gegen die sozialistische Bewegung, die als die Aera Tessendorff für immer der Geschichte angehört, brach auch für Breslau an. Schon im Reichstagswahlkampf äußerte sie sich dadurch, daß die Saalbesitzer von der Polizei in bekannter Weise dazu gedrängt wurden, den Sozialdemokraten die Säle zur Abhaltung von Versammlungen zu verweigern. Auch die gerichtlichen Verurteilungen von Anhängern der Bewegung begannen sich bald zu häufen. Am 6. Januar war der Führer der Metallarbeiter, *Jungnick*, wegen einer Majestätsbeleidigung, die das Gericht in einer Äußerung bei Gelegenheit einer im September abgehaltenen Versammlung der Eisenacher gefunden hatte, zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Und dann begannen die Anklagen auf Grund des sogenannten Vereinsgesetzes; der Staatsanwalt Professor *Fuchs* war es besonders, den hierbei der Ruhm Tessendorffs nicht schlafen ließ. *Reinders*, der schon im Jahre 1873 5 Taler Strafe wegen Nichteinreichung des Mitgliederverzeichnisses zuerkannt erhalten hatte, mußte am 14. Februar 1874 wieder 5 Taler zahlen, weil er das Verhalten der Polizei gegen den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein als „Schikane“ bezeichnet hatte, und am 19. Februar 20 Taler, weil er in seinem Mitgliederverzeichnis die Wohnungen der Mitglieder nicht angegeben hatte. Und schon am 21. Februar ward ihm die Mitteilung zuteil, daß ein Verfahren gegen ihn eingeleitet sei, weil er als Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, eines politischen Vereins, mit anderen politischen Vereinen in Verbindung getreten sei. Die Voruntersuchung erstreckte sich

jerner auf die Beitragstaxierer und den Delegierten zur vorjährigen Generalversammlung in Frankfurt a. M., den Metall-
dreher Paul Hermann Friedrich. Im Anschluß daran wurde die vorläufige Schließung der Breslauer Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins verfügt. Indessen wurde die Schließung durch Gerichtsurteil vom 29. Juni wieder aufgehoben, weil das Gericht nicht zu der Ueberzeugung kommen konnte, daß die Existenz des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ge-



Heinrich Dehme.

meingefährlich sei. Zwischendurch kamen zur Abwechslung auch die Eisenacher gelegentlich einmal an die Reihe. So bestätigte das Appellationsgericht am 27. April ein gegen Geiser und den Handschuhmacher Dehme*) ergangenes Urteil in Höhe von je drei

*) Heinrich Dehme verließ nach Verbüßung seiner Strafe Breslau und übersiedelte nach München, wo er Redakteur des sozialdemokratischen Parteiorgans „Zeitgeist“ wurde, dann siedelte er nach Bremen über, wo ihm Max Reisser eine Stellung am dortigen Parteiblatt besorgt hatte. Als das Ausnahmegesetz in Kraft trat, schwankte Reisser ins bürgerliche Lager ab, während Dehme seiner Ueberzeugung treu blieb. Unter sehr schwierigen Verhältnissen gab er 1887 ein Wochenblatt heraus, das „Norddeutsche

Monaten, weil sie in einer Versammlungseinladung Einrichtungen des Staates verächtlich gemacht haben sollten.

In diesem bald in Permanenz erklärten Kleinkriege mit Polizei und Gerichten, der oft zu den lächerlichsten Situationen führte, aber bei der Uneinigkeit beider Richtungen der Breslauer Sozialdemokraten für die Arbeiterbewegung wenig ausgenutzt wurde, überließen die Eisenacher den Lassalleanern bald ganz das Feld, so daß der „Volksstaat“ im August die Behauptung, in Breslau sei die Sozialdemokratische Arbeiterpartei tot, mit der Versicherung abwehren muß, dieser Tod sei nur ein Scheintod. Allerdings habe sich eines Teils der Parteigenossen eine gewisse Passivität bemächtigt, aber der Stand der Abonnenten des „Volksstaat“ sei immer noch ein günstiger zu nennen.

Hatte schon Anfang Mai ein von den Lassalleanern nach Breslau einberufener schlesischer Maurer- und Zimmerer-Kongreß unter den Maßnahmen der Polizei schwer zu leiden gehabt, so wurden im August die Schikanen unerträglich. Alle Lokale der Stadt waren den Sozialdemokraten abgetrieben worden, mit alleiniger Ausnahme des Scholzischen Restaurants „Zum Velozyed“ an der Ecke der Wehner- und Groschengasse, das für die nächste Zeit der Schauplatz der Raßbalgereien mit der Polizei wurde und dadurch geradezu Lokalberühmtheit erlangte. In dieser letzten Zufluchtsstätte fand am 1. August eine von Reinders einberufene Versammlung statt, in der Klei-Elberfeld über „Staatshilfe und Selbsthilfe“ referierte. Nach langer Debatte über das Genossenschaftswesen, an der sich unter anderen auch Max K a n s e r*) beteiligte, der als Gast anwesend war, nahmen die Anwesenden zur Frage des Genossenschaftswesens folgende Entschliekung an:

„Die heutige öffentliche Arbeiterversammlung erblickt in den Ereignissen bei dem Breslauer Vorschußverein einen neuen Beweis für die

Wochenblatt“. Als die Bremer Parteigenossen sich wieder kräftig genug fühlten, eine Tageszeitung herauszugeben, gründeten sie am 1. April 1888 die „Bremer Volkszeitung“ und beriefen Dehme und den jugendlichen Julius Bruhns, unseren späteren Breslauer Mitkämpfer, in die Redaktion. Diese Zeit schildert Bruhns recht anschaulich in seinem Buche „Es klingt im Sturm ein altes Lied“, auf den Seiten 85, 86 und 87.

Als im Sommer 1890 Dr. Bruno Schönlanck, unser späterer Breslauer Reichstagsabgeordneter, aus der Redaktion der „Fränkischen Tagespost“ in Nürnberg austrat, trat Heinrich Dehme an seine Stelle. Dehme kandidierte 1890 in Bamberg zum Reichstag und vereinigte zum ersten Male eine große Stimmenzahl auf einen sozialdemokratischen Kandidaten, in dieser Hochburg des Zentrums. Nach einiger Zeit mußte er besseren Kräften, wie Dr. Adolf Braun und Philipp Scheidemann das Feld räumen. Dehme blieb als Korrektor am Parteiorgan. Er starb am 16. April 1905 in Nürnberg im Alter von 67 Jahren.

Die Führung der Breslauer Eisenacher hatte nach seiner Abreise der Schneider Carl Just übernommen.

*) Der jugendliche Max K a n s e r besaß bereits großes Ansehen in der Bewegung. Dies beweist auch der Umstand, daß er am 5. und 6. April 1874, auf einem bayrischen Arbeitertage in Nürnberg, den Parteiauschuß vertrat.

Nichtigkeit und Unhaltbarkeit der von Herrn Ehrendoktor Schulze-Delitzsch angeblich für die Arbeiter gegründeten Vereine und Genossenschaften, und hofft, daß dieser Vorfall wieder eine Anzahl bisher verblendeter Arbeiter zur Erkenntnis des wahren Werts selbstthätiger Bestrebungen bringen wird. Die Versammlung erklärt, daß nur durch eine demokratische Staatshilfe eine durchgreifende und dauernde Verbesserung der Arbeiterverhältnisse herbeigeführt werden kann.“

Hatte die Polizei diese unter strengster Aufsicht tagende Versammlung noch einmal ungestört verlaufen lassen, so sollte schon die zwei Tage später stattfindende aufgelöst werden. Die polizeiliche Schließung erfolgte, als der Schneider Schumacher über die französische Revolution referierte. Am Tage vorher hatte bei Reinders Haussuchung stattgefunden, um Material über den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu suchen, es wurde aber nichts gefunden außer einer älteren gedruckten Instruktion Tölkdes, aus welcher die Behörden herausliefen, daß die Lassalleaner drei Arten von Versammlungen haben: einmal geschlossene und zum zweiten öffentliche Mitgliederversammlungen, außerdem allgemeine Volksversammlungen; unter allen drei Bezeichnungen versteckten sich aber stets Mitgliederversammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Die „Breslauer Zeitung“ war denn auch sofort der Meinung, daß es sich bei den allgemeinen Versammlungen im „Beloziped“ stets nur um Vereinsversammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins handle und diese Denunziation sollte bald ihre Wirkung zeitigen, wobei allerdings zu bemerken ist, daß das polizeiliche Vorgehen gegen die Breslauer Lassalleaner dem im ganzen Lande völlig gleichgeartet war.

Noch einmal machte Reinders in dieser Zeit den Versuch, einen größeren Saal für seine Volksversammlungen zu gewinnen. Tatsächlich gelang es ihm auch, den „Wintergarten“ für den 16. August zu erhalten. Die Versammlung wurde öffentlich angekündigt und polizeilich angemeldet. Am Tage der Versammlung aber stand in den Morgenausgaben der Breslauer Lokalpresse, daß der Wirt erst jetzt über den wahren Charakter der Versammlung sich klar geworden sei und deshalb seine Zusage zurücknehme, und als zur festgesetzten Stunde trotzdem eine Anzahl von Versammlungsbesuchern erschienen, fanden sie den Saal geschlossen und das Lokal unter der Obhut eines Kommissarius mit 9 Schulleuten. Nach dem Verbot der Polizeibeamten begab sich Schumacher mit zwei anderen beteiligten Genossen direkt zum Polizeipräsidenten von Uslar-Gleichen und stellten ihm energisch vor, welche unnützen Ausgaben und Bemühungen durch die vereitelte Versammlung entstanden seien. Der Herr ließ sich erweichen und schrieb auf einen großen Bogen die Verfügung, daß der Versammlung nichts in den Weg zu legen sei. Vor diesem Schriftstück, das die Genossen nun mitnahmen, knickten nach einigem Widerspruch die dienstfertigen Beamten zusammen. Aber Reinders und seine Freunde hatten sich auch weiter vorgesehen und daher für die-

selbe Zeit noch eine Versammlung zu Scholz einberufen, die ebenso ungestört verlief.

Dann aber erfolgte am 21. August von neuem die Schließung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins durch die Polizei und diesmal wurde sie durch Urteil vom 14. September durch das Gericht bestätigt, weil dieses sich jetzt von der Gemeingefährlichkeit „überzeugt“ hatte, trotzdem der Untersuchungsrichter noch am 3. September die Aufhebung der Schließung angeordnet hatte.



Paul Friedrich.

Ueber diesen schnellen Ueberzeugungswechsel machten selbst die Breslauer Fortschrittsblätter ihre Glossen. Und nun begann der Tanz erst richtig. Als am 25. August die Arbeiter das Scholz'sche Lokal betreten wollten, um an einer für diesen Tag angekündigten Versammlung teilzunehmen, fanden sie das ganze Grundstück mit einem von zwei Kommissaren befehligten Polizeikordon umgeben. Jeder, der ins Lokal trat, wurde aufnotiert, so daß die meisten wieder umkehrten oder wenigstens auf der Straße oder im

Hose stehen blieben. Immerhin konnte auch diese Versammlung noch einmal ein natürliches Ende nehmen. Die nun folgenden Veranstaltungen aber verfielen meistens der polizeilichen Auflösung, ja man konfiszierte selbst die Versammlungsplakate an den Anschlagssäulen und sogar die zu Ehren von Ferdinand Lassalles 10jährigem Todestage veranstalteten Feierlichkeiten blieben nicht ganz verschont.

Die Lassallefeier war in großem Umfange angelegt. Schon viele Wochen vorher hatte Reinders die Genossen im Reiche aufgefordert, am Todestage des Führers Deputationen nach Breslau zu schicken, und *H a s e n c l e v e r*, der Anweisungen für eine in ganz Deutschland zu veranstaltende Feier gab, kündigte an, daß er mit einer Abordnung in Breslau erscheinen werde. Für die Haltung der Fortschrittspresse bezeichnend war es, daß eines der beiden Blätter die jüdische Gemeinde scharf zu machen versuchte, um eine Friedhofsfeier zu vereiteln. „Es soll ernstlich die Frage in Erwägung gezogen werden, ob ein solcher Mißbrauch des „Hauses des Friedens“ zu politischen Parteizwecken zu gestatten sei.“ Tatsächlich beschloß auch der Vorstand der Gemeinde, nur kleine Gruppen von Lassallepilgern zum Friedhofe zuzulassen und keinerlei Ansprache zu gestatten. Trotzdem nahm die Feier einen außerordentlich würdigen Verlauf. Am Todestage, den 31. August, begab sich zunächst um 4 Uhr nachmittags eine aus 11 Personen bestehende Deputation des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins unter der Führung der Präsidentin Frau *H a h n* (= Berlin*) auf den Friedhof, um an Lassalles Ruhestätte ein rotgesticktes Kissen niederzulegen, das die Inschrift trug:

„Dein Name wird den Völkern morgen röten,
Dein Geist bedünge unser Erntefeld.“

*) Frau *B e r t h a H a h n* war die Vorsitzende des am 28. Februar 1873 gegründeten Berliner Arbeiter-Frauen- und Mädchenvereins, einer Organisation, für die die bürgerliche Presse nur wenig Verständnis hatte, so daß sie sich in entsetzlich dummen Wiken über diesen Verein überbot. Auch ihr Mann, der Restaurateur *J u l i u s H a h n*, war ein aktiv tätiger Parteigenosse. Als über Berlin der „Kleine Belagerungszustand“ verhängt wurde, büßte er eine vierwöchentliche Gefängnisstrafe in Möhnesee ab. Diesen Umstand benutzte die Polizei zu einem niederträchtigen Rachestückchen. Sie ließ plötzlich Hahns Gastwirtschaft polizeilich schließen, weil „die Konzession nur auf den Mann und nicht auch auf die Frau laute“. Hahn war mit unter den ersten, die von der Ausweisung betroffen wurden. Nachdem verschiedene mißliche Schicksalsschläge dem Ausgewiesenen hart mitgespielt, ging Hahn nach Amerika. In Newyork als Arbeiter auf einem Bau beschäftigt, zerstückteten ihm herunterfallende Steine 1884 das Schienbein. Infolge schlechter ärztlicher Behandlung stellte sich Brand ein und Hahn verstarb im dortigen Hospital.

Als der Mann im Gefängnis saß, besuchte Hofprediger *A d o l f S t ö d e r* mehrmals Frau Hahn in der Gastwirtschaft Koppenstraße 53. Er versuchte, die Frau für seine Bewegung zu bekehren. Als diese Versuche fruchtlos ausfielen, erfolgte die Schließung der Gastwirtschaft und die Ausweisung des Mannes.

Dann erschien Reinders mit mehreren Freunden, umkränzte den Denkstein Lassalles mit einer Lorbeergirlande und legte gegen 100 Kränze aus 52 deutschen Städten an der Gruft nieder, die teils mit weißen, meist aber mit roten Schleifen geschmückt waren. Darauf besuchte die unter der Führung der Reichstagsabgeordneten Hasenclever und Reimer bestehende Deputation des Präsidiums das Grab, worauf dieses noch von vielen Gruppen, die aus je 6 Personen bestanden, besucht wurde. Selbstverständlich hielt ein außerordentlich starkes Polizeiaufgebot den Friedhof besetzt. Um 5 Uhr begann dann im „Schießwerder“ eine große Feier. Die „Breslauer Morgenzeitung“ erzählt, daß die Männer sich mit roten und grünen Schleifen geschmückt hatten; für die Frauen sei vom Festkomitee schwarze Kleidung vorgeschrieben gewesen, indessen seien nur die wenigsten dieser Weisung gefolgt, wohl weil sie eben keine schwarzen Kleider besaßen. Nach einem Gartenkonzert fand in dem festlich geschmückten Saale ein feierlicher Akt statt. Nach einer Begrüßungsansprache Reinders hielt Hasenclever*) die Festrede, die von Gesangsvorträgen eingeleitet und geschlossen wurde.

Am nächsten Tage fand dann noch eine weitere Versammlung bei Scholz statt. Hier wurden eine Menge eingegangener Depeschen, darunter solche aus Kopenhagen und London, vorgelesen. Hierauf entwarf der Reichstagsabgeordnete Reimer**) ein Lebensbild Lassalles. Als er unter anderem auf das Jahr 1854 zu sprechen kam und darauf hinwies, wie der Deutsche Bundestag in Gemeinschaft mit den deutschen Einzelregierungen damals den Beschluß gefaßt hatte, alle Arbeitervereine aufzulösen und die Presse zu knebeln, wurde die Versammlung aufgelöst und das Lokal von 20 Schutzleuten unter der Führung zweier Kommissare geräumt.

Für die nächste Zeit ging die Polizei dann sogar soweit, ihr ungesetzliches Vorgehen gegen die sozialdemokratischen Veranstaltungen schriftlich im voraus anzukündigen. Als Reinders für den 7. September eine Versammlung bei der Polizei anmeldete, erhielt er folgende Bescheinigung, die dann für die Folge ständig erteilt wurde:

*) Wilhelm Hasenclever, geboren am 19. April 1837 zu Arnshausen, Pöbgerber von Beruf. 1871 Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Seit 1875 Redakteur. Mitglied des Norddeutschen Reichstages seit 25. Januar 1869. Mitglied des Reichstages 1874—76 für Altona, 1877—78 für Berlin VI, 1879—87 für Breslau-Ost, 1887 bis 2. Juni 1888, wo er sein Mandat niederlegte, für Berlin VI. Gestorben am 3. Juli 1889.

**) Otto Reimer, geboren am 26. Mai 1841 zu Altona, Zigarrenmacher. Mitglied des Reichstages 1874—77 für Oldenburg-Plön. Wurde 1880 aus Hamburg ausgewiesen, ging nach Amerika, kehrte nach dem Falle des Sozialistengesetzes zurück und war am „Hamburger Echo“ tätig. Schied am 1. März 1892 infolge eines qualvollen Ohrenleidens, das er sich als Redner zugezogen hatte, freiwillig aus dem Leben.

„Daß unter heutigem Datum Herr Reinders die Montag, den 7. September, abends 8 Uhr, in dem Lokale des Herrn Scholz stattfindende öffentliche Versammlung angezeigt hat, wird hiermit gemäß § 1 des Vereinsgesetzes mit dem Bemerken beschleunigt, daß auf Anordnung der Königlich Staatsanwaltschaft die sofortige Schließung der Versammlung erfolgen wird, wenn in derselben nur im entferntesten politische Gegenstände verhandelt werden sollten.“

Dieser durchaus ungesekliche Zusatz wurde von den überwachenden Beamten zu den kleinlichsten Nadelstichen benutzt, und nur selten entging eine Versammlung der Auflösung, trotzdem Reinders und seine Freunde auf das peinlichste bemüht waren, alle politischen Fragen aus den Versammlungen, deren Teilnehmer von dem starken Schutzmannaufgebot stets nach Namen, Beruf und Wohnung notiert wurden, fernzuhalten. Themen wie „Die Verfälschung der Nahrungsmittel“ oder „Die Einnahmen und Ausgaben der Breslauer Arbeiter“, „Ueber die Frauen- und Kinderarbeit“ oder „Der Kampf der englischen Arbeiter“ wurden in der vorfichtigsten Weise von den Rednern behandelt, in der Diskussion diejenigen, die politische Angelegenheiten berührten, das Wort entzogen, ja sogar auf die Verlesung der Bestimmungen des Vereinsgesetzes verzichtet, und doch gab es meist eine Auflösung. Einmal, weil ein Redner an dem Vorgehen der Polizei in den Versammlungen nur andeutungsweise Kritik geübt hatte, ein andermal wieder, weil ein Redner vorgeschlagen hatte, man solle dem Könige die Not der Arbeiter klagen; „für die Beamten ist gesorgt, aber wenn unsere Kinder im Drecke bleiben, darum kümmert sich niemand“. Wieder ein andermal führte ein Versammlungsteilnehmer aus, daß Minister und Regierungsräte nach ¾jähriger Arbeit der Erholung bedürftig seien, Urlaub erhalten und nach Italien reisen — prompt erfolgte bei diesen Worten die Auflösung. So ging es Wochen und Monate lang. Selbstverständlich kam es dabei auch manchmal zu Zusammenstößen mit der Polizei, so wenn Versammlungsbesucher das Lokal nicht sofort räumen und erst ihr Bier austrinken wollten. Noch im Jahre 1875 hatten sich die Breslauer Gerichte mehrfach mit solchen Vorkommnissen zu befassen.

Man ging dann dazu über, die Versammlungen als Bürgerversammlungen anzumelden, und auch Bürgerliche, die zum Protokolle gegen das ungesekliche Verhalten der Polizei bereit waren, jedesmal mit in das Büro zu wählen; es half alles nichts: Polizei und Staatsanwaltschaft betrachteten die Versammlungen als Fortsetzung der Tätigkeit des aufgelösten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und sie wurden darin von der „Breslauer Zeitung“ unterstützt, die Mitte September schrieb:

„Eine solche Versammlung trägt . . . jetzt nach Schließung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins noch ganz denselben Charakter wie ehedem: wir sehen ganz dieselben Agitatoren, zum größten Teil die ehemaligen Vereinsmitglieder, kurz und gut: die Versammlung hat nur ihren Namen gewechselt und ihr stehender Leiter . . . Reinders ist nur vorsichtiger geworden.“

Reinders ging nun zu einer anderen Praxis über. Er berief selbst oder ließ durch andere für denselben Abend meist drei Versammlungen in Zwischenräumen von je einer Stunde einberufen und entsprechend polizeilich anmelden. So geschah es zum Beispiel am 15. Oktober. Die erste Versammlung war für 8 Uhr angesetzt. Pünktlich eröffnete sie Reinders mit Verlesung der bekannten Anmeldebekanntmachung. Dann sollte Uhr einen Vortrag über das Vereinsgesetz halten, doch kaum hatte er zu sprechen angefangen, da erfolgte die Auflösung und die Räumung des Lokales. Als der Saal geleert war, mußte er aber sofort wieder für die Teilnehmer an der zweiten Versammlung freigegeben werden. Wieder wurden sämtliche Anwesenden, sogar die Zeitungsberichtersteller, aufgeschrieben. Wieder eröffnete Reinders, wobei er bemerkte, daß die Polizei, falls sie wieder auflösen wolle, dies bald tun möge, damit in die dritte Tagung eingetreten werden könne. Dann verlas er einen Artikel aus der „Breslauer Morgenzeitung“ über die Pflastermiserie am Orte. Diese zweite Versammlung, bei der in der Diskussion über die zur Zeit in Breslau tagende Naturforscherversammlung gesprochen und eine aus diesem Anlaß in der Gasanstalt I vorgenommene Leichenverbrennung kritisiert wurde, konnte ohne Zwischenfall zu Ende geführt werden, um bald von der dritten abgelöst zu werden. In dieser sprach zunächst Schumacher über ein kulturhistorisches Thema. Als aber dann Uhr die Auflösung der ersten Versammlung als ungeschicklich bezeichnete, verfiel auch die dritte diesem Schicksal. Ähnlich war der Verlauf dreier Versammlungen am 21. Oktober, von denen aber zur Abwechslung nur die zweite aufgelöst wurde, in der Reinders über die Verfolgung der Prinzipien Lassalles zu sprechen begonnen hatte. Nachdem zwischendurch am 26. Oktober eine Versammlung durch die Polizei ein vorzeitiges Ende gefunden und am 29. Oktober zwei Versammlungen wieder einmal hatten zu Ende geführt werden können, verfielen am 10. November alle drei für diesen Tag einberufenen Zusammenkünfte der Auflösung. Weil als Schließungsgrund bei der ersten von dem Beamten der Umstand bezeichnet worden war, daß das Büro sich aus Führern des geschlossenen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zusammensetzte, übernahmen die Leitung der zweiten Versammlung drei Nichtmitglieder, unter ihnen der Kaufmann Louis Cohn und Westerbürg der Redakteur der „Neuen Morgenzeitung“; als aber Reinders dann sprechen wollte, kam doch der Auflösungsbefehl. Man berief darauf zu Leitern der dritten Tagung die der ersten, und nun gab es natürlich erst recht wieder eine Schließung.

Die verfolgten Arbeiter begannen nachgerade dem Kleinkriege mit der Polizei eine humoristische Seite abzugewinnen, und so erfanden sie eine neue Handhabung ihrer Versammlungen. Für den 16. November standen wie gewöhnlich drei Tagungen an. Die erste wurde um 1/27 Uhr eröffnet und sofort vertagt; als dann um

¾8 Uhr die Bürowahl vorgenommen werden sollte, kam natürlich die Auflösung, weil die Zeit abgelaufen war. Um 8 Uhr erfolgte dann der Einlaß zur zweiten Versammlung, die aber erst um ¾9 Uhr eröffnet und ebenfalls wieder vertagt wurde. Obgleich diese rechtzeitig, nämlich um ½10 Uhr, wieder eröffnet wurde, fiel sie doch ebenfalls schon bei der Bürowahl der Auflösung anheim. Uebermals wurde der Saal geräumt, aber sofort wieder für die

Stumpf

Stumpf

In der Vorstandswahlung
 sind
 der Fotograf Herr Peter Reindert
 & der Lehrer Herr Fischer
 & der Buchhalter Herr Paul Friedrich
 gewählt zu werden.
 Gut das Genuß beifolgt:

Auf den Inhalt der folgenden Artikeljahresberichte
 vom 21. August 1874 erfolgte vorläufige
 Aufnahme der folgenden Artikeljahresberichte
 Maximilian Antonius Hermann aufgeben.

Breslau den 3^{ten} September 1874
 Königsplatz Herr Stumpf, Abfertigung für Herr Stumpf

Aufhebung der Schließung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins

dritte Versammlung freigegeben, die um 10¼ Uhr eröffnet und vertagt, dann kurz vor 11 Uhr wieder eröffnet und sofort vom Einberufer geschlossen wurde.

Obwohl man von vornherein wußte, daß eine Beschwerde gegen die überwachenden Beamten nutzlos bleiben werde, wurde trotzdem eine solche erhoben, um eine schriftliche Aeußerung des Polizeipräsidenten in die Hände zu bekommen. Doch der wich aus, indem er mitteilte, daß er wegen der Auflösung, gegen die Protest eingelegt worden war, „zurzeit“ keine Entscheidung treffen könne,

da die Angelegenheit bereits die Staatsanwaltschaft beschäftigte — selbstverständlich nicht in Form eines Verfahrens gegen die Beamten, sondern vielmehr gegen die Veranstalter. Ueberhaupt wurden die Maßnahmen, je weiter das Jahr fortschritt und je weniger man mit ihnen einen vernichtenden Schlag zu führen vermochte, immer härter und ungeschicklicher. So wurden die Teller-sammlungen zur Deckung der Unkosten in den Versammlungen als — „öffentliche Bettelei“ strafrechtlich verfolgt! Schließlich ging man dazu über, die Führer kurzerhand zu verhaften. Der Textilarbeiter **Klein** aus Elberfeld wurde, weil er nach einer aufgelösten Versammlung sich noch in dem vom Versammlungsraume völlig getrennten Schanklokal aufhielt, verhaftet und zwar bald wieder freigelassen, aber trotzdem unter Anklage gestellt und dann allerdings freigesprochen. Als am 23. November wieder mehrere Versammlungen stattfinden sollten, wurde der Einberufer, Zimmerer **Störmer**, als er eröffnen wollte, ohne weiteres in Haft genommen und so die Abhaltung vereitelt, die zweite aber wurde aufgelöst, weil sie von einem anderen als dem eröffnet wurde, der die polizeiliche Anmeldung bewirkt hatte. Zwei Tage später wurde **Reinders** von einer Versammlung weg in die „Schmerz-hafte“, das Breslauer Polizeigefängnis, gebracht. Die Einberufer der für diesmal, den 25. November, angesetzten Versammlungen waren vorher polizeilich vornommen worden; man hatte ihnen dabei eröffnet, daß sie sofort verhaftet werden würden, falls es sich um Versammlungen geschlossener Vereine handeln sollte. Der eine von ihnen, der Steinmetz **Alöckner**, ließ sich durch diese Drohung einschüchtern und gab die Anmeldungsbescheinigung zurück. Daher konnte die erste Versammlung nicht stattfinden. Und als dann in der zweiten **Reinders** über den „Winter“ referierte und dabei ausführte, „daß der Reiche aus warmer Stube das Schneetreiben des Winters ruhig sich ansehen könne, während es viele gebe, denen das notwendige Heizmaterial völlig fehle“, löste der Ueberwachende wieder einmal die Versammlung auf und erklärte **Reinders** für verhaftet. An diese Verhaftung und die am nächsten Tage erfolgte Wiederfreilassung knüpften sich die merkwürdigsten Gerüchte, so daß sich **Reinders** zu folgender Richtigstellung in der „Neuen Breslauer Morgenzeitung“ veranlaßt sah: Es sei nicht wahr, daß er der Polizei die Erklärung abgegeben habe, er werde sich völlig vom politischen Leben zurückziehen; er habe nur zu Protokoll gegeben, er wisse, daß § 16 des Vereinsgesetzes bestimme, daß ein polizeilich geschlossener Verein nicht weiter tagen dürfe, und daß er gegen diese Bestimmung in Zukunft nichts Strafbares unternehmen wolle. „Das Gesetz soll und muß innegehalten werden; wer kann mir aber nachweisen, daß die Einberufung einer Volksversammlung eine Gesetzesverletzung ist?“ Schließlich gab **Reinders** noch seinem Erstaunen Ausdruck, daß überhaupt Berichte über seine polizeiliche Vernehmung in die Presse kommen konnten,

und er deutet an, daß der fast alle Breslauer Blätter mit seinen gehässigen Notizen über die sozialdemokratische Bewegung versorgende Berichterstatter wohl gute Beziehungen zum Polizeipräsidentium unterhalten müsse.

In ähnlicher Weise wurde am 7. Dezember der Einberufer Fischer aus der Versammlung weg verhaftet und sogar ins Stadtgefängnis zur Verfügung der Staatsanwaltschaft eingeliefert, und am 14. Dezember ereilte den Schneider Schumacher das gleiche Schicksal.

Auch der Anfang des neuen Jahres 1875 bereitete diesen schitanösen Verfolgungen zunächst noch kein Ende. Am 27. Dezember 1874 verzeichnen die Zeitungen die letzte aufgelöste Versammlung des alten Jahres, und schon am 1. Januar 1875 hören wir vom ersten Streich des neuen Jahres. Reinders mochte gedacht haben, daß im neuen Jahre die Wirte zur Vernunft gekommen sein würden. Und tatsächlich konnte er auch für den Neujahrstag eine Versammlung in den „Wintergarten“ einberufen. Als aber die Anmeldung bei der Polizei eingelaufen war, hatten wieder die bekannten unbekanntenen Kräfte ihr Spiel begonnen, und der Erfolg war, daß der Wirt — wie im vorigen Jahre — schließlich doch noch seinen Saal verweigerte. Indessen hatte man sich auch diesmal vorgesehen und eine zweite Versammlung zu Scholz angemeldet. Dort wollte der Reichstagsabgeordnete Reimer über die Tätigkeit des Reichstages Bericht erstatten. Aber kaum waren die Worte gefallen: „Wenn wir die Gesetzgebung betrachten, so betrachten wir sie mit sozialdemokratischen Augen; wir suchen sie in unsere Hände zu bekommen“ . . . da erfolgte die Auflösung. Reimer protestierte gegen diese Maßnahme, indem er dem Beamten zurief: „Sie haben kein Recht dazu; ich befinde mich auf gesetzlichem Boden; Sie werden Ihr Wort zurücknehmen.“ Und als der Kommissar sich weigerte, dies zu tun, rief Reimer abermals: „Nicht ich habe das Gesetz verlezt, sondern Sie sind der Gesetzesverlezer!“ Worauf der Kommissar erklärte: „Ich stehe hier im Namen der Obrigkeit, und wenn Sie dieser nicht gehorchen, so werden Sie noch andere Erfahrungen machen.“ Jetzt erklärte Reimer, daß er unter Protest der Gewalt weiche. Nun entstand ein großer Tumult. Aus dem allgemeinen Wirrwarr hörte man immer wieder den Ruf: „Gesetzesverlezer!“ Dann aber räumten die Anwesenden den Saal mit großer Eile. Uebrigens war auch beabsichtigt gewesen, in dieser Versammlung eine Petition gegen die fortgesetzten Verhaftungen der sozialdemokratischen Führer zu beschließen.

So ging es mit Versammlungsaufösungen und anderen Maßnahmen noch eine ganze Zeit fort. Indessen sah die Polizei bald selber ein, daß mit derselben Mitteln der sozialdemokratischen Bewegung nicht beizukommen ist, und so konnte der „Volkstaat“

bald die Beobachtung verzeichnen, daß die Breslauer Polizei anscheinend eine gemäßigtere Praxis einzuschlagen beginne.

Gegen Reinders und den Eisendreher Paul Hermann Friedrich*) wurde, wie bereits kurz gemeldet, ein Strafverfahren „wegen Zuwiderhandelns gegen das Vereinsgesetz vom 11. März 1850“ eingeleitet; am 29. Mai 1874 wurde Reinders mit 30 Talern Geldbuße, im Unvermögensfalle vier Wochen Gefängnis, und Friedrich mit 10 Talern Geldbuße, im Unvermögensfalle einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte gegen jeden der beiden Angeklagten zwei Monate Gefängnis beantragt. Gegen Reinders, der trotz „gehörig behändigter Vorladung“ nicht zur Verhandlung erschienen war, wurde in contumaciam verhandelt. Bei seiner Vernehmung hatte Reinders angegeben, daß die hier in Breslau wohnenden Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nicht einen besonderen Verein bildeten, sondern dem in ganz Deutschland bestehenden Vereine angeschlossen seien. Ebensovienig werde hier eine eigene Kassenverwaltung geführt. Er gab zu, daß er mit Genehmigung des Vereinspräsidenten von den hier und im Kreise Reichenbach wohnenden Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zum Delegierten für die im Mai 1873 in Frankfurt a. M. tagende Generalversammlung des genannten Vereins bestimmt worden und daß er dieser Generalversammlung auch beigewohnt habe. In ihr sei über gemeinschaftliche Angelegenheiten des Vereins beraten worden, insonderheit auch über die gemeinschaftliche Agitation. Der Angeklagte Friedrich bekannte sich nicht schuldig, er bestritt, daß er unter die Vorsteher, Ordner oder Leiter dieses sich über ganz Deutschland erstreckenden Vereins zu rechnen sei, doch habe er die Kassengeschäfte der hiesigen Mitglieder des Vereins geführt und zwar seit dem Herbst 1872. Er habe die neu eintretenden Mitglieder in ein von ihm geführtes Verzeichnis eingetragen, von ihnen die Einschreibgebühren und von allen hiesigen Mitgliedern die laufenden Beiträge erhoben. Die Einschreibgebühren habe er ganz und die laufenden Beträge nach Abzug der hiesigen Ausgaben an den Präsidenten des Vereins eingesandt.

Hiernach hatte das Gericht als tatsächlich festgestellt erachtet, daß die beiden Angeklagten:

1. Der Tischlergeselle Claas Peters Reinders, 27 Jahre alt, reformiert, hier wohnhaft, nicht im Militärverhältnis stehend, geständig und nach Ausweis der Vorakten bereits

*) Genosse Paul Friedrich starb am 2. Juni 1913 im Alter von 64 Jahren in Breslau. In seinen letzten Lebensjahren hatte die Krankheit immer mehr von seinem Körper Besitz ergriffen, doch war er bis zu seinem Lebensende ein treuer Mitkämpfer in unserer Bewegung. Sein Lehrgeselle war Julius Schell gewesen, der ihn auch mit den Idealen der Arbeiterbewegung vertraut gemacht hatte.

bestraft durch Erkenntnisse des Königlichen Stadtgerichts hier vom 11. September 1873 wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes mit 5 Taler Geldbuße, eventuell zwei Tagen Gefängnis, vom Jahre 1874 wegen gleicher Uebertretung mit 20 Taler Geldbuße, eventuell zehn Tagen Gefängnis, vom 14. Februar 1874 wegen Beleidigung mit 5 Taler Geldbuße;



Carl Joh. Aug. Fischer.

2. der Eisendreher Paul Hermann Friedrich, 24 Jahre alt, evangelisch, hier wohnhaft, nicht Soldat, nicht bestraft, im Jahre 1873 zu Breslau Vorsteher resp. Ordner und Leiter eines Vereins gewesen sind, welcher bezweckte, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern und mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung getreten ist.

Das Gericht erkannte auf die bereits angegebenen Strafmaße. Doch bereits am 20. November 1874 erhielten Reinders und Friedrich eine neue Anklageschrift wegen Zuwiderhandelns gegen

das Vereinsgesetz. In dieser wird Reinders bereits als Photograph bezeichnet. Neben ihnen waren angeklagt der Tischlergeselle Karl J. A. Fischer*), der Steinmetz Th. Klödner, der Buchdrucker Hermann Zimmer, der Korbschneider Johann Ulsen und der Tischlergeselle Karl Florian (der spätere Obermeister der hiesigen Tischlerinnung). Durch die sonderbare Auslegung des preussischen Vereinsgesetzes waren sämtliche Mitgliedschaften des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu selbständigen politischen Vereinen gestempelt worden, die nicht miteinander in Verbindung treten durften. Jetzt waren die Genannten angeklagt wegen Fortsetzung dieser verbotenen Vereinigung. Zeugen waren die Polizeikommissare Anuert, Sommer und Husmann. Reinders wurde zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt und Friedrich zu 30 Talern Geldstrafe. Auch Fischer wurde verurteilt, doch läßt sich das Strafmaß nicht mehr ermitteln. Gegen die anderen Angeklagten scheint man das Verfahren eingestellt zu haben.

Gegen das erste Urteil gegen Reinders und Friedrich hatte die Staatsanwaltschaft durch folgendes Schreiben Berufung eingelegt:

Breslau, den 2. Juli 1874.

Appellations-Rechtfertigung in der Untersuchungssache
Reinders und Genossen. 460/74.

Gegen das Erkenntnis des hiesigen königlichen Stadtgerichts vom 29. Mai 1874 lege ich hiermit das Rechtsmittel der Appellation ein, weil wie geschehen erkannt und nicht vielmehr

1. gegen beide Angeklagten eine Gefängnisstrafe,
 2. die Schließung des Vereins
- ausgesprochen worden ist.

Der erste Richter hat bei der Strafabmessung die fortgesetzte Uebertretung des Vereinsgesetzes durch die beiden Angeklagten während ihrer langen Tätigkeit im Verein völlig außer acht gelassen und dürfte der Moment unzweifelhaft eine Gefängnisstrafe, eventuell eine höhere Geldstrafe bedingen. Gegen die Zweckmäßigkeit der letzteren Strafart spricht aber die begründete Vermutung, daß die Strafen den Angeklagten aus der Vereinstasse ersetzt werden und damit ihren Strafcharakter verlieren wird. Mehr aber, als über die erkannte Strafe beschwerte ich mich über

*) Karl Johann August Fischer, 1845 in Nürnberg geboren. Vor und während des Sozialistengesetzes war Fischer Reichstagskandidat für den Breslauer Landkreis, in welcher Eigenschaft er mit seinen Hilfsmannschaften das möglichste tat, die Landbevölkerung über unsere Ziele aufzuklären. 1876 etablierte er sich als Tischlermeister in Rothkretscham und baute nach mehreren Jahren ein eigenes Haus mit Werkstatt in Kleintschansch. War es den Genossen nicht möglich, für die an der Ohlauer Chaussee liegenden Ortschaften passende Lokale zu Volks- oder Wähler-versammlungen zu erlangen, so stellte er ihnen seine geräumigen Werkstätten zur Verfügung, und oft und gern haben die Genossen davon Gebrauch gemacht. Nach dem Bau seines sogenannten eigenen Heims wurde er seines Lebens nicht mehr froh. Nächt sonstigen Krankheiten, welche ihn betrafen, schwand auch sein Sehvermögen derart, daß er schließlich erblindete, wodurch all seinem Schaffen ein Ziel gesetzt wurde. Der Tod befreite ihn am 22. Februar 1904 von allen Sorgen.

die Ablehnung der beantragten Schließung der hiesigen Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

In unserer Gesetzgebung ist dem Rechte der freien Versammlung und Verbindung eine solche Freiheit gegeben, daß kaum noch der Staatsregierung die Möglichkeit gewährt geblieben ist, den tagtäglich hervortretenden Ausschreitungen, die durch Mißbrauch der zu großen Vereinsfreiheit entstehen, mit Erfolg entgegenzutreten.

Demnach tritt um so mehr an den Richter die Pflicht heran, wo die Grenzen der gegebenen Vereinsfreiheit überschritten werden, mit aller Strenge das gegebene Gesetz, soweit es ihm in dieser Beziehung eine Handhabe bietet, und damit die Autorität des Staates zur Geltung zu bringen, um auf diese Weise solche Ausschreitungen und solchen Mißbrauch der Vereinsfreiheit möglichst zu verhindern. Derartige Ausschreitungen hat sich unzweifelhaft in ganz besonderer Weise der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein zuschulden kommen lassen, welcher, wie dies hinlänglich jedem bekannt ist, sich zum Ziel gesteckt hat, den arbeitenden Klassen die Herrschaft zu verschaffen und damit den Umsturz der bisherigen Staatsverfassung herbeizuführen und seine kommunistischen Ideen zur Geltung zu bringen. Welche Tendenzen dieser Verein und mit ihm seine Mitgliedschaften verfolgen und wie gefährlich sie einer geordneten Staatsordnung werden würden, wenn sie zur Macht gelangen, hat hinlänglich die Tätigkeit seiner Mitglieder gezeigt, welche sich nicht entblödet haben, die Schandthaten der Pariser Kommune als nachahmungswürdige und zu verherrlichende Großthaten hinzustellen und in den Parlamenten Anträge zu stellen, welche dokumentieren, daß ihnen nichts am Bestande und an der Kräftigung des eigenen Vaterlandes gelegen ist, und daß sie die größten Feinde der bestehenden Ordnung sind. Durch sie droht nicht nur der Staatsverfassung Gefahr, sondern auch dem gesamten Handel und Wandel, indem sie, falls man ihnen übermühtigen und unmühtigen Forderungen nicht bereitwilligst entgegenkommt, die umfangreichsten Streiks veranstalten und so den Arbeitgebern gleichsam das Messer an die Kehle setzen. Vom Halten eines Kontraktes ist bei ihnen gar keine Rede mehr, so daß der Staat schon daran hat denken müssen, diesem Uebel durch Bestrafung des Kontraktbruches entgegenzutreten.

Alle diese Tendenzen werden auch von der hiesigen Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, dessen Statuten sie zu den ihrigen gemacht, befolgt und zu verwirklichen gesucht. Ist aber eine solche Mitgliedschaft hiernach schon ihrer Tendenz nach als staatsgefährlich zu bezeichnen, so wächst diese Staatsgefährlichkeit immer mehr mit der Verbreitung dieser Tendenzen und durch die Verbindung mit anderen Vereinen gleicher Art, sie wird aber zur äußersten Gefahr für den Staat, wenn, wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, diese Vereinigungen sich über ein ganzes Reich ausdehnen, tagtäglich durch unausgesetztes Agitieren unter der Arbeiterklasse neue Anhänger zu erwerben suchen und durch ihre vereinte Kraft und Macht auch noch die bessergefinnten, fleißigen Arbeiter zwingen, und zwar oft mit Gewalt, sich ihren gewaltthätigen Schritten anzuschließen. Demnach muß die hiesige Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, zumal sie unter einem Zentralorgan steht, welches allen Mitgliedschaften seine Befehle zukommen läßt und auch mit den übrigen Mitgliedschaften durch Besetzung der Generalversammlung in Verbindung getreten ist, als ganz besonders staatsgefährlich bezeichnet werden. Dieser Umstand aber erfordert, daß das Vereinsgesetz, welches das in Verbindungtreten politischer Vereine hindern will und verbietet, in seiner ganzen Strenge zur Anwendung komme. Dies hat man auch schon an anderen Orten eingeschrieben und gleiche Mitgliedschaften des Vereins geschlossen, wie in Berlin.

Demgemäß bitte ich
das erste Erkenntnis meiner Beschwerde gemäß umzuändern.
Der Königliche Staatsanwalt.
(gez.) v. Rosenberg.

An
das Königliche Stadtgericht
Abteilung für Strafsachen
Lt. 14 126. Hier.

Aber auch derartige staatsanwaltschaftliche Anschauungen machten unsere braven Kämpfer nicht wankelmütig, sie taten nach wie vor ihre Pflicht im Interesse des Volkes.

Die Einigung der Eisenacher und der Lassalleaner.

Die soeben dargestellten Verfolgungen, denen die Breslauer Sozialdemokraten seit Anfang 1874 besonders ausgesetzt waren, hatten eine gute Folge: wie im allgemeinen in Deutschland führten sie auch hier zu einer allmählichen Annäherung der Eisenacher und der Lassalleaner aneinander, obgleich, wie wir gesehen haben, persönliche Zwistigkeiten gerade in Breslau eine Kluft geschaffen hatten, die überhaupt nicht überbrückbar schien. Auch die Eisenacher hatten natürlich unter den Schikanen der Polizei zu leiden gehabt, so oft sie nur den Versuch machten, wieder einmal an die Öffentlichkeit zu treten. Als sie zum Beispiel nach langer Pause wieder einmal am 19. Oktober eine Versammlung abzuhalten gedachten, in der eine politische Rundschau gegeben und die Arbeiterfrage besprochen werden sollte, weigerte sich der Wirt — das Lokal von Reimann auf der Neuen Junkernstraße war für die Versammlung bestimmt gewesen — noch im letzten Augenblicke, seine Räume zur Verfügung zu stellen. Acht Schutzleute unter Führung eines Kommissars hielten diese besetzt, und die Erschienenen mußten unverrichteter Sache wieder abziehen. So ging es mehrere Male, wenn auch der Kampf gegen die Eisenacher nicht so schroff zutage trat wie gegen die Lassalleaner, weil eben, wie wir sahen, jene es vorzogen, sich mehr im Hintergrunde zu halten. Dafür begannen sie aber wieder öfters die Veranstaltungen der Lassalleaner zu besuchen, ohne daß es zu Feindseligkeiten gekommen wäre. So waren zwar noch in einer am 17. Mai abgehaltenen Versammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins die Eisenacher von einem Referenten zu den Feinden der Arbeiterpartei gezählt worden, am 21. Oktober aber war die Annäherung bereits soweit gediehen, daß die in der Versammlung anwesenden Eisenacher nach deren Schluß mit den Lassalleanern noch zusammenblieben und mit ihnen auf künftiges gutes Einvernehmen anstießen. Und der „Volkstaat“ deutet die platzgreifende versöhnliche Stimmung in folgender Zeitschrift aus Breslau an:

„Die Mitglieder der hier aufgelösten Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, welche vor zwei Jahren noch